

Abg. Rosenfeld (U. S. V.) beantragt, die württembergischen Ausnahmeverordnungen in die mit zur Debatte stehenden Anträge einzubringen.

Abg. Böhm (Bayr. Sp.): Wir haben jetzt bereits das fünfte Kabinett. Schuld an diesem Ministerwechsel ist auch die Gewaltpolitik der Entente. Zu dem Programm der Regierung: Bestandsaufnahme, Wiederaufbau und Versöhnung muß hinzukommen: Verkehr, Ernährung, Wohnung. Wir nehmen gegenüber der Regierung den Standpunkt wohlwollender Neutralität ein. Die Entlassung der Einwohnerwehren ist in Bayern gesondert zu behandeln. Man spricht immer von Reichsschuld. Warum erwähnt man die Lasten der Gemeinden und Länder nicht, die sich ins Ungemessene steigern. Für die neuen Goldwertsteuern fehlen noch die Richtlinien. Was Oberschlesien anbelangt, so können wir nicht glauben, daß das Unrecht durch Gewalt zum Erfolg gelangen soll. Eine breitere Basis für die Regierung ist dringend zu wünschen; ob sie zu erreichen ist, bezweifle ich jedoch. Wenn die Regierung das Ultimatum loyal erfüllen will, wird sie uns auf ihrer Seite finden.

Antisemitische Vöbeleien

Abg. v. Gräfe (Dn.): Der Reichskanzler ist allen an ihn gestellten Fragen ausgewichen. Die entschuldigungslose Enttarnung des Produktionskapitals bedeutet aber die vollkommene Zerstörung des deutschen Volkvermögens. Wir erwarten von Herrn Rathenau eine Antwort, wie er nicht nur die Not, sondern eine völlige Vernichtung von uns abwenden will. Sie haben sich in ihrem Artikel gegen das Ultimatum in seiner Gesamtheit gewendet, nicht nur gegen den Inhalt. Hören Sie wenigstens zu, wenn ich Ihnen etwas sage! Der Reichskanzler hat aus Furcht vor einer diplomatischen Niederlage nicht gewagt, die bayerischen Interessen vor der Entente zu vertreten. Die Ausführungen des Herrn von Braun richteten sich gegen das System, gegen die Herrschaft des Judentums in der Regierung. (Unruhe links.) Die Vorherrschaft des jüdischen Elementes in dieser neuen Regierung ist doch gar nicht bestreitbar. (Zuruf: Wenn man Sie ansieht, bel Ihnen auch nicht. Heiterkeit.) Es ist eine eigenartige Koalition, wenn an der einen Tür Herr Petersen steht und der Deutschen Volkspartei den etwas lauten Bonbon des Eintritts in das Kabinett hinhält, während an der anderen Tür Herr Wels mit dem Knüttel droht: „Wehe dir, Stresemann, wenn du in mein Heiligtum einbringst!“ (Heiterkeit.) Ah, Herr Petersen, was haben Sie gestern alles zusammengeeredelt! (Heiterkeit.) Wir verlangen unser Vertrauen der Regierung, die sich gebildet hat, um ein Ultimatum auszuführen, welches unser unglückliches Volk ganz und gar verflant. Wegen eine solche Regierung gibt es nur allerhöchsten Kampf. Wir bitten alle diejenigen, die das Unrecht erkennen, das unserem Volke geschieht, dieser Regierung ihr Vertrauen zu versagen. Wer unseren Antrag ablehnt (zur Deutschen Volkspartei), schenkt damit dieser Regierung ein Vertrauen, welches zu rechtfertigen sie niemals in der Lage sein wird. (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn die kommunistische Partei auch einen Mißtrauensantrag eingebracht hat, so ist er doch dem unseren nicht gleich, weil er nicht, wie der unsere, allgemein, sondern die speziellen Interessen der kommunistischen Partei ins Auge faßt. Wer unseren Antrag ablehnt, bekundet dieser Regierung ein Vertrauen, das zu rechtfertigen niemand in der Lage sein wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wenn Herr Gräfe und seine Partei der Regierung das Vertrauen versagen, wird sie in einer viel günstigeren Lage sein als sonst. Nachdem gestern der achte Höllein gesprochen hat und nun der Höllein der Rechten das Wort nahm, so ist die Position ganz entschieden gebessert. Herr Gräfe hat sich hingestellt und auf die Not hingewiesen, auf die diplomatischen Niederlagen, die sich die jetzige Regierung hätte ersparen können; er hat von Sklaverei und was noch mehr gesprochen, er hat aber nicht gesagt, was gekommen wäre, wenn seine Partei an die Regierung gekommen wäre. Oberschlesien wäre sicher bereits verloren, wenn die Franzosen hätten ins Ruhrgebiet einziehen können. Aber alles das, was die Regierung mit blutendem Herzen tun muß, ist eine Folge des verlorenen Krieges, den Ihre (zur Rechten) Politik angezettelt hat. (Zuruf: Die Revolution!) Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, hätten wir genau unsere Verpflichtungen. (Lärmender Widerspruch rechts.) Niemand anders hat gedrängt, als Hindenburg und Ludendorff, Wilson das Friedensangebot zu machen. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Am 2. Oktober hat Ludendorff an den Bringen Max von Baden telegraphiert, daß jede Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufgegeben werden müsse, jede 24 Stunden Verzögerung mache die Lage nur verschlimmern.

Zur Steuerpolitik der neuen Regierung bemerkt der Redner: Eine Belastung der Substanz des Volkvermögens ist unerlässlich. Der Abg. Henke hat gemeint, wir seien bereit, indirekte Steuern zu bewilligen. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß zunächst die Einkommensteuer durchgeführt werden müsse. Meine Fraktion hat mich beauftragt, zu erklären, daß wir darauf bestehen, daß die Körperschaftsteuer und die Börsensteuer und die Stempelsteuern noch vor den Ferien erledigt werden sollen. Heute braucht mir nicht zu sagen, wie schwer belastet das deutsche Volk ist. Es wird unsere Aufgabe sein, für die Arbeiter herauszuholen, was herauszuholen ist. Eine allgemeine Amnestie kann nicht in Frage kommen. Unser Volk würde es einfach nicht verstehen. (Lebhafte Widerspruch links.) Auch die Arbeiter selbst würden es nicht verstehen, solange auch die Arbeiter von Bergverwaltungen und Wünderungen bei kommunikativen Aktionen bedroht sind. Wir haben trotz der Vereinfachung des Abg. Höllein noch nichts gehört, daß die Märzaktion die Letzte sein soll. Wir haben daher beantragt, die Rechtsprechung der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt weitgehender Begnadigung mit Rücksicht auf die Angehörigen der Berufsstände zu prüfen. Es besteht kein Zweifel, daß die Erfüllung des Ultimatus außerordentlich schwer ist. Was das deutsche Volk wirklich leisten kann, muß sich erst herausstellen. Entscheidend für unsern Eintritt in die Regierung war, zu verhindern, daß die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgte. Mein Freund Wels hat bereits gesagt, in der Regierung können nur Parteien sein, die das Ultimatum zu unterzeichnen bereit waren. Wir haben nicht die geringste Ursache, diese Ausführungen zu demütigen oder zu interpretieren. Ich bin beauftragt, das im Namen meiner Fraktion hier ausdrücklich zu erklären. Wir sind bereit, mit jeder Partei in der Regierung zu sein, zu der wir das Vertrauen haben, daß wir gemeinsame Arbeit leisten können. Wir unterstützen das Kabinett Wirth und hoffen, daß es seinen Worten auch die Tat folgen lassen wird. Denn auf die Taten kommt es an.

Abg. Vorfage (Ztr.): Wenn Oberschlesien noch zu retten ist, so ist das nur der Annahme des Ultimatus zu danken. Die schweren Beschränkungen, die von den deutschen nationalen Zeitungen gegen die Mitglieder des jetzigen Kabinetts gerichtet wurden, sind schamlos und erbärmlich.

Abg. Crispian (U. S. V. D.):

Der Abg. Gräfe hat es für annehmbar gehalten, eine wüste Judenhetze zu inszenieren. Ich erinnere zunächst an das bekannte Wort von Hebel, daß der Antisemitismus die Religion der Dummen ist. Die Hetze gegen die Juden, die vor allen Dingen von den Deutschen nationalen betrieben wird, verrät eine niedrige Gesinnung und die Absicht, für die Taten ihrer Politik vor dem Volk die Verantwortung zu verleiern. Deshalb versuchen sie, durch ihre Judenhetze den Zorn des Volkes abzulenken und sich im Dunkeln müßig zurückziehen zu können. Aber wenn die Herren, auch von den Deutschen nationalen, durch ihre „deutschen“ Taten in Not geraten sind, verstehen sie es, wie Herr Hefferich und auch Prinz Eitel Friedrich, die Hilfe jüdischer Rechtsanwälte in Anspruch zu nehmen. Wenn Herr Gräfe meint, wenn man die Regierung betrachtet, so sieht man dort den jüdischen Einschlag, so möchte ich sagen: wann ich die verschiedenen Ereignisse im Reich betrachte, dann frage ich mich, wie es möglich gewesen ist, daß ein Volk soviel Idiotismus so lange hat ertragen können. (Lebha. Beif. auf der Linken.) Wir werden uns durch diese blöden Schereien gegen andere Rassen nicht helfen lassen.

An dem Programm der Regierung hat mein Freund Henke schon eingehende Kritik geübt. Ich möchte nur noch einiges erwidern

auf die Ausführungen der verschiedenen Vertreter der Parteien. Justizminister Schiffer hat in Uebereinstimmung mit den Rechtssozialisten erklärt, daß eine Amnestie nicht gewährt werden könne, man wolle den Ausweg wählen, die sogenannten Verführten zu begnadigen. Das ist weiter nichts als eine schöne Geste, durch die den Arbeitern vorgespielt werden soll, als ob wirklich etwas für die Opfer der Klassenjustiz geschehen solle. Daß Herr Schiffer die Sondergerichte aufheben will, wenn sie ihre Arbeiten erledigt haben, ist keine Tat. Die Sondergerichte sind nichts anderes als Fensterkommissionen gegen die Arbeiter. Wir können aber beobachten, daß die Herren von den bürgerlichen Parteien einer Amnestie weit mehr geneigt sind, wenn es sich um ihre Angehörigen handelt. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss ist heute ein Antrag eingebracht worden, von einem der Freunde des Herrn Schiffer, der in seiner Wirkung einer Amnestie gleichkommt für diejenigen Agrarier, die sich als Getreideschieber betätigt haben. Ein bürgerlicher Professor hat Amnestie für die Kapitalverleiher gefordert, da viele Leute nur aus „ethischen“ und aus Familiengründen ihr Kapital ins Ausland verschoben haben, um es für die staatliche Gemeinschaft zu retten. Man magie es, dieses Verbrechen als eine heroische Tat hinzustellen. Wenn wir für politische Handlungen, die irgendwelchen Motiven entsprungen sind, mag man sie billigen oder nicht, Amnestie verlangen, dann wird sie uns verlangt, die bürgerlichen Parteien aber wollen Amnestie für gemeine Vergehen. Herr Stresemann hat davon gesprochen, daß die Orgel in Sachen sogar von einem unabhängigen Minister anerkannt worden sei. Es handelte sich aber um den Rechtssozialisten Gradnauer. Die Orgel und die Einwohnerwehren sind nichts weiter als die heimliche Armee der Konterrevolutionäre. Die Orgel nimmt immer neue Waffenbeschreibungen vor, so daß die Gefahr eines bewaffneten Vorgehens der Konterrevolution nicht geringer geworden ist. Auf einem Gut im Kreis Ludau sind viele Waffen aufgespeichert, die von dort auf die übrigen Güter verteilt werden. Die Regierung hat es nicht so eilig, Sonderkommissionen einzusetzen, die diese Waffenlager ausheben, sie ist viel schneller dabei, Sondergerichte gegen Arbeiter einzusetzen, als gegen Leute vorzugehen, die den Hochverrat erstreben und organisieren. Die Redner der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage der

Entwaffnung und Aburteilung der Kriegsverbrecher,

die wirtschaftlichen Fragen erschienen ihnen nicht so wichtig. Wenn Sie behaupten, es sei eine Schande und Schande, daß die Kriegsverbrecher abgeurteilt werden, so sage ich, daß es eine Schande und Schande für Deutschland ist, daß solche gemeinen Verbrecher überhaupt verurteilt worden sind. Im § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten befindet sich eine merkwürdige Bestimmung, und zwar, daß diejenigen, die als Mitglieder der Sondergerichte ohne genügende Entschuldigung fernbleiben, in eine Ordnungstrafe von 10 000 M. genommen werden können. Diese Bestimmung läßt erkennen, daß die Sondergerichte nicht frei und unabhängig in ihrer Rechtsprechung sind, sondern als Klasseninstrumente eingesetzt wurden. In Braunschweig hat sich ein merkwürdiger Fall abgespielt, der die Rechtsverhältnisse in Deutschland beleuchtet. Die braunschweigische Regierung hat in ihrem Programm erklärt, daß sie die Beilegung der Klassenjustiz erstrebt. Der Richterverein erklärte darauf, es sei eine Verächtlichung, von Klassenjustiz zu reden. In der Presse wurde der Regierung vorgeworfen, sie habe Verleumdung verübt und die Herabsetzung des Richterstandes betrieben. Die Regierung stellte Strafantrag, das Landgericht in Braunschweig erklärte sich für befangen, und das Oberlandesgericht billigte diesen Standpunkt. Das Reichsgericht muß nun entscheiden, welches Gericht für die Klage der braunschweigischen Regierung zuständig ist. Monate sind seitdem vergangen, ohne daß eine Entscheidung erfolgt ist. Das ist sehr charakteristisch für die Rechtsverhältnisse in der freiesten Republik der Welt. In Württemberg ist eine Bestimmung des Staatsministers vom 25. Mai 1921 erlassen, nach der dem Verlag der Buchdruckerei „Sozialdemokrat“ in Stuttgart erklärt worden ist, daß alle Druckschriften, die im Verlage erscheinen, für die Dauer eines Monats unter Verbot zur gestellt worden sind. (Hörli. Hörli.) Es sind im Uebertretungsfalle Geldstrafen bis zu 15 000 Mark oder Gefängnis angedroht.

Was nun die wirtschaftlichen Fragen

anbelangt, so erklärte Herr Müller, man könne neue Steuergesetze dem Volk nicht ersparen. Er forderte nur, daß direkte Steuern eingeführt werden. Wir verlangen vor allen Dingen Erlassung der Goldwerte auf dem Zwangswege und Zwangsbeiträge des Reiches am Grundbesitz, Industrie und Handel. Neue indirekte Steuern sind dann nicht notwendig. Wir wollen, daß vor allen Dingen mit der Sozialisierung Ernst gemacht wird. In diesen Bestrebungen vermisse wir leider jede Unterstützung der Rechtssozialisten. Wir haben vor längerer Zeit einen Gesuchentwurf zur Sozialisierung eingebracht, für den sich die deutschen Gewerkschaften und der Absatz der Angestellten ausgesprochen haben. Von den Rechtssozialisten konnten wir noch nicht erfahren, wie sie zu diesem Sozialisierungsprogramm stehen. In den Besprechungen, die wir mit ihnen und den Gewerkschaftsvertretern abgehalten haben, zu denen die Kommunisten nicht zugelassen werden konnten, weil sie unsere Forderungen als konterrevolutionär bezeichneten, haben die Rechtssozialisten erklärt, daß sie noch nicht mit der Prüfung fertig seien und nicht wüßten, für welches Programm sie sich entscheiden könnten. Da die Rechtssozialisten nun in die Regierung geangenen sind, erwarten wir von ihnen, daß sie ihren Einfluss aufbieten, die Sozialisierung zu fördern. Sie werden dann unsere Unterstützung haben. Wenn sie anders verfahren, werden sie unsere Gegnerschaft haben.

Die Abg. Müller, Petersen und Höllein haben unsere Stellungnahme zur Regierungsbildung mit in die Debatte gezogen. Wir treten in keine Regierung mit Bürgerlichen ein. Wir können keine Politik im Interesse des Proletariats gemeinsam mit Bürgerlichen betreiben. Aus einer Koalition proletarischer mit bürgerlichen Parteien kann nichts anderes als eine Zersplitterung der Arbeiter selbst herauskommen. Die bereits zum Klassenkampf erweckten Arbeiter werden dadurch nur von ihren Klassenkampfaufgaben abgelenkt. Wirklich proletarische Politik kann nur betrieben werden, wenn die Arbeiter die Macht allein in Händen haben. Erst dann werden die Forderungen des sozialistischen Programms durchgeführt werden können. Zentrum und Demokraten haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie

mit Unabhängigen nicht in einer Regierung

sein können. Wir befinden uns da mit diesen Parteien in einer erfreulichen Uebereinstimmung. Wir wissen auch, daß auch die gegenwärtige Regierung sehr bald vor ihrem Ende stehen wird. Deutschland wird fortgesetzt Regierungsfreien haben solange, bis die Arbeiterschaft die Macht in Händen hat. (Sehr wahr! links.) Eine rein bürgerliche Regierung wird sich in Deutschland künftig nicht behaupten können. Und wenn ein neuaufgestellter Rapp-Busch die Herren Hefferich, Gräfe oder Westarp in die Regierung bringen würde, dann würden auch sie sehr rasch abgewirtschaftet haben. Der Abg. Müller meinte, wenn 51 Prozent der Wählerstimmen auf proletarische Parteien fallen, dann sei die Zeit für die sozialistische Herrschaft gekommen. Es ist ein sehr kindlicher Glaube, anzunehmen, daß die Herrschaften von rechts vor den 51 Prozent sozialistischer Stimmen kapitulieren werden.

Die Demokratie ist in einem Klassenstaat undenkbar.

Deutschland ist ein Klassenstaat, und solange das der Fall ist, haben wir auch in Deutschland keine Demokratie. Die Demokratie würde sich sehr bald durchsetzen, wenn alle Parteien mit den gleichen Mitteln für ihre Anschauungen kämpfen könnten. Sie werden aber wohl nicht behaupten wollen, daß z. B. die Arbeiterpresse gegen die bürgerliche Presse aufzukommen vermag? Es sei nur daran erinnert, daß im alten Erzkürer Programm eine ganze Reihe von Forderungen enthalten sind, von denen es hieß, daß sie selbst im kapitalistischen Klassenstaat erfüllt werden könnten: gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen, Achtstunden-

tag usw. Wir haben große Wahlsiege erfochten, aber keine dieser Forderungen ist mit demokratischen Mitteln erfochten worden. Erst durch den Aufstand der Massen im November 1918 wurden sie erfüllt. Erst die Diktatur des Proletariats hat sie dem Volke gebracht. Wenn die Arbeiter damals nicht so gutgläubig gewesen wären, wenn sie ihre Feinde nicht für harmlose Leute gehalten hätten, dann hätten sie ihre Macht nicht aus der Hand gegeben, dann würden wir heute ein gut Stück Sozialismus haben und die Politik der Friedensverträge wäre sicher längst überwunden. Die Diktatur des Proletariats bedeutet bewußte Anwendung der öffentlichen Gewalt von geschulten Sozialisten im Auftrag der Arbeiterklasse. Die Diktatur ist eine vorübergehende Erscheinung, die mit der Beilegung der Klassenherrschaft verschwinden wird. Durch sie wird erst die wirkliche Demokratie verwirklicht werden können. Wir haben bis zum Rapp-Busch eine demokratische Regierung und ein demokratisches Parlament gehabt, die durch die Herren Rapp-Büchling davongejagt, die sich dann, gestützt auf militärische Macht, zu Diktatoren über Deutschland aufschwangen. Diese Diktatoren wurden nicht durch die Demokratie, sondern wiederum durch den Aufstand der Massen gestürzt. Eine sozialistische Regierung kann sich nicht kühn auf eine bürgerliche Demokratie stellen. Wir sind uns darüber klar, daß die sozialistische Regierung die proletarische Diktatur eröffnen wird, daß sie sich nur kämpfend durchzusetzen vermag. Die Arbeiterklasse als Grundlage einer Regierung ist viel sicherer als eine parlamentarische bürgerliche Mehrheit. Im Jahre 1912 waren von 68 Millionen Staatsbürgern 17 Millionen Lohnarbeiter, mit ihren Angehörigen 55 Millionen, das sind 80 Prozent der Bevölkerung. Wenn eine proletarische Regierung sich auf 80 Prozent der Bevölkerung stützen kann, dann pfeifen wir auf alle Mißtrauensvoten der bürgerlichen Parteien.

Dem schlechten Beispiel des Kommunisten Höllein,

der gestern eine große Schimpfsprache gegen unsere Partei gehalten hat, will ich nicht folgen, weil durch Schimpfereien die kommunistische Partei nicht den Sieg über unsere Partei erringen wird. Wir fühlen uns in unserer Haltung so stark und sicher, und alles, was wir bisher erlebt haben, hat unsere Politik so glänzend gerechtfertigt, daß wir es ihnen ruhig gestatten können, zu schimpfen, soviel sie wollen; das erleichtert ihr Herz, und uns tut es weiter nicht weh. Es ist aber etwas merkwürdig, wenn sie unserer Partei Vorhaltungen machen wollen, ehe sie ihre Partei gereinigt haben. Wir können die kommunistische Partei am besten damit charakterisiert sein lassen, was ihre frühere Freundin Clara Zetkin gesagt hat, sie hat die kommunistische Bewegung zu einem Popanz für konterrevolutionäre Zwecke gemacht. Mehr kann ich Ihnen auch nicht sagen, das Urteil genügt vollkommen. (Lebhafte Beifall bei der USK.) — Zum Schluß verliest Crispian die an anderer Stelle abgedruckte Erklärung.

Abg. Rütz (Dem.): Wir lehnen jede Wirtschaft- und Steuerpolitik ab, die die lebensnotwendigen Voraussetzungen unseres Wirtschaftens gefährdet und die Substanz der Vermögen angreift. Ebenso lehnen wir jedes Experimentieren am deutschen Wirtschaftskörper ab. Das gilt insbesondere für die Sozialisierung. Die Auffassung Müllers, daß die Regierung nur von Parteien gebildet werden könnte, die das Ultimatum angenommen haben, ist grundfalsch. Die gegenwärtige Basis der Regierung ist zu schwach. Ein Spiel mit der Krise und der Reichstagsauflösung lehnen wir ab.

Abg. Dr. Geper (Komm.): In der Theorie hat Crispian Ausführungen gemacht, denen wir zustimmen. Aber die Unabhängigen haben bisher nichts getan. Sie haben heute den politischen Sündenfall begonnen, und sie werden im Lager des Opportunismus und Reformismus ihr Ende nehmen.

Inzwischen ist folgender Antrag der Regierungsparteien eingegangen:

Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles daransetze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Wählern zu erfüllen. Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen Erklärungen einiger Parteien betr. die Abstimmung.

Die Abstimmung

Das kommunistische Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Abstimmung über den deutschen nationalen Mißtrauensantrag ist namentlich. Der Antrag wird mit 261 gegen 77 Stimmen der Deutschen nationalen und Kommunisten abgelehnt. Der Antrag der Regierungsparteien wird darauf in seinem ersten Teile mit 213 gegen 77 Stimmen der Deutschen nationalen und Kommunisten bei 48 Enthaltungen (Deutsche Volkspartei) angenommen. In einfacher Abstimmung wird dann der Vorschlag über Oberschlesien gegen Deutsche nationale, Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Präsident Vöbe stellt darauf fest, daß damit nach seiner Ansicht der in allen Teilen angenommene Antrag Müller-Franken erledigt sei.

Abg. Schulz-Braunberg (D. N.) verlangt eine GesamtAbstimmung, da sonst ein eklatanter Bruch der Geschäftsordnung vorliege.

Präsident Vöbe erklärt, eine GesamtAbstimmung sei nicht notwendig, da die Antragsteller sie nicht verlangten und der zweite Abgab, der eine besondere Materie behandelt, sonst von vornherein als besonderer Antrag hätte eingebracht werden können.

Bei der Abstimmung darüber schließt sich das Haus gegen Deutsche nationale und einige Deutsche Volksparteiler der Auffassung des Präsidenten an. Die kommunistischen und unabhängigen Anträge auf Beilegung der Sondergerichte und Aufhebung des Ausnahmezustandes werden abgelehnt. — Angenommen wird der Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt der Begnadigung. Dafür stimmte mit den drei sozialistischen Parteien ein Teil des Zentrums unter Führung des Reichskanzlers Wirth, der seinen Abgeordnetenrat eingenommen hatte. (Lebhafte Aha-Rufe rechts.) Fernerbach stimmte dagegen. — Das Haus verliert sich auf Dienstag, den 14. Juni, 2 Uhr: Anträge, Kleine Vorlagen-Schluß 5 Uhr.

Die Bergarbeiter fordern die sofortige Sozialisierung

Am letzten Verhandlungstag der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Bergarbeiterverband an dem Bielefelder Beschluß von 1918 über die Sozialisierung des Bergbaus und an der gleichgerichteten Entschließung des Internationalen Bergarbeiterkongresses festhält. Unter Sozialisierung sei zu verstehen die Übertragung der Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf die durch die Reichsgesetzgebung berufene Vertretung des Volksganges. Die in jüngster Zeit schnell fortgeschrittenen privatkapitalistischen monopolistischen Vertretung der Bergbauindustrie bedrohe die Interessen des Volksganges in steigendem Maße. Der notwendige Schutz der öffentlichen Interessen gegen diese privatkapitalistischen monopolistischen Beherrschung der wichtigsten Rohstoffindustrie sei Hauptgrund für die Forderung der Sozialisierung. Die Vorschläge der Unternehmer beabsichtigen keine Sozialisierung, sondern eine außerordentliche Unterstützung der Vertretungsbestrebungen. Der Vorschlag, Kleinaktien herauszugeben, wolle die krasse Gewinnjagd noch verstärken. Der Bergarbeiterverband lehne ihn entschieden ab. Er fordere von der Reichsregierung, daß sie ihre Versprechen vom 3. August und 22. September 1920, einen Gesuchentwurf vorzulegen, der die Sozialisierung des Bergbaus bezweckt, ohne Verzögerung einleide. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

„Traditionskompagnien“

Ein Ersatz für die Orgesch

In der Öffentlichkeit ist in letzter Zeit öfters von sogenannten „Gedächtnisfeiern“ die Rede gewesen, welche von den Angehörigen der früheren kaiserlichen Armee veranstaltet werden. Was es mit diesen Feiern auf sich hat, darüber gibt uns der „Lokalanzeiger“ klare Auskunft. Er schreibt über die „Gedächtnisfeier“ des 4. Garderegiments, die mit einem Paradezug vor dem Schloßprinzen Eitel Friedrich endete, folgendes:

„Damit der Geist unserer Armee nicht ganz in Vergessenheit gerate, haben wir die Traditionskompagnien. In ihnen soll die Tradition der nicht mehr bestehenden Truppenteile weitergepflegt werden, um preußisches Fühlen nicht ganz und gar einschlafen zu lassen. Und der alte Geist lebt noch! Das beweisen die Traditionskompagnien des 4. Garderegiments zu Fuß, die am Sonntag in schneidiger Parade hinter den Angehörigen des Regiments vor Exzellenz von Saeffels-Sogabel und dem Prinzen Eitel Friedrich vorüberzogen. Schnell und Disziplin befeuert jede Bewegung. Lust und Liebe zur Sache lachten aus aller Augen der Jungen. Recht sol Haltet das Alte in Ehren, Traditionskompagnien!“

Wir können verraten, daß diese „Traditionskompagnien“ auf Anweisung des Nationalverbandes deutscher Offiziere und des Verbandes national gesinnter Soldaten ins Leben gerufen worden sind. Solche Organisationen haben sich die Wiederherstellung der Monarchie zur Pflicht gemacht. Nachdem sich die Orgesch nicht mehr halten läßt, sollen die „Traditionskompagnien“ den vollwertigen Ersatz dafür bieten. Ein Zeichen, daß der Militarismus in Deutschland ungeschwächt weiterlebt und sich immer neue Schlupfwinkel für sein weiteres Bestehen sucht. Ueberhaupt ist gegenwärtig auf den Gebieten der militärischen Geheimbünde alles wieder allerlei los. Die studentischen Verbindungen scheinen kaum noch etwas anderes darzustellen als militärische Formationen im Beurlaubtenstand. So wird zum Beispiel von den studentischen Verbindungen Racaro und Bifurgia in Hannover unter dem 31. Mai ein Kundschreiben verschickt, in dem es heißt:

„Wegen Abwesenheit einer größeren Anzahl der aktiven Korpsbrüder aus politischen Gründen muß das diesjährige Stiftungsfest mit Ausnahme des A. S. C. ausfallen.“

Die Korpsbrüder sind natürlich nicht aus politischen, sondern aus militärischen Gründen abwesend. Sie sind von der Orgesch nach Oberschlesien dirigiert. Nicht etwa, um dort die „Ordnung“ wiederherzustellen (das kann die Orgesch überhaupt nicht, denn schon ihr bloßes Dasein ist eine Störung der öffentlichen Ordnung!), sondern um ein Sammelbassin aller militaristischen Elemente zum Kampf gegen die Republik und für die Monarchie zu schaffen.

Humanität bewahren

Im Lager Sielow bei Cottbus befinden sich eine große Anzahl polnischer Oberschlesier, die teils bei den Aufständen, teils aber auch völlig unschuldig von der deutschen Apo festgenommen worden sind. Offizielle Erklärungen, die durch das B. T. B. verbreitet werden, versuchen immer wieder, die Tatsache, daß auch Unschuldige sich in diesem Lager befinden, zu verschleiern. Früher hieß es, daß man Leute gefangen genommen habe, die sich in der Nähe des Aufstandsgebietes „verdächtig“ gemacht haben. Damit konnte man aber die Frauen und Kinder, die im Lager wohnen, nicht erklären. Jetzt versucht man es so darzustellen, als ob man diese Frauen und Kinder zu ihrem eigenen Schutz nach Sielow verschleppt habe. Tatsache ist, daß man durch diese faule Ausrede selbstverständlich nur den Polen Mittel an die Hand gibt, denn nun werden auch sie ihrerseits sagen, daß sie von ihnen verschleppten Deutschen zu ihrer „eigenen Sicherheit“ fortgeschleppt worden seien. Es ist dringend notwendig, durch eine unparteiische Kommission die Zustände im Lager Sielow zu untersuchen, zumal dort die Quartiere äußerst unzureichend und schlecht, die Verpflegung mangelhaft sein soll.

Bezeichnend ist, daß der Vorsitzende des Fürsorgevereins für polnische Oberschlesier selbst vom preussischen Minister des Innern nicht die Erlaubnis erhalten konnte, das Lager zu besuchen, um sich nach dem Befinden seiner Landsleute zu erkundigen und ihnen Lebensmittel und sonstige Dinge zu bringen. Es ist ihm nicht einmal erlaubt worden, in Begleitung des Lagerkommandanten mit seinen verschleppten Landsleuten zu sprechen und sich nach ihrem Befinden zu erkundigen.

Die Regierung hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit zugesagt, aber es ist schon heute sicher, daß nichts als faule Ausreden dabei herauskommen werden. Deshalb wird man im Parlament mit allem Nachdruck dafür sorgen müssen, daß die Reichsregierung auch angesichts der unglückseligen Verhältnisse in Oberschlesien die Humanität zu wahren weiß. Die Barbareien in den Gefangenenlagern, ganz gleich, ob dort Schuldige oder Unschuldige untergebracht sind, müssen jedenfalls aufhören. Die Vorgänge im Internierungslager Stargard, die wir gestern besprochen haben, können allerdings die Auffassung bekräftigen, daß die Mißhandlung der Gefangenen eine Eigenschaft ist, die zur Mentalität der deutschen herrschenden Klasse gehört.

Der ober-schlesische Aufstand

Oppeln, 4. Juni.

B. T. B. meldet: Die lebhafteste Feuerzätigkeit und die anderen Kampfhandlungen der polnischen Anführer dauerten auf einem großen Teil der von den Insurgenten besetzten Linie auch während der vergangenen Nacht und des heutigen Tages an. Im Kreis Cosel versuchten die Insurgenten, durch Artillerie und Minenwerfer unterstützt, mit starken Kräften in Richtung Cosel vorzustoßen, sie wurden aber vom drücklichen Selbstschutz nach längeren Kämpfen zurückgeschlagen. Im Verlauf der Kämpfe gelang es den deutschen Verteidigern, Coselhofen zu besetzen. Die Kampfzätigkeit der Insurgenten war ebenfalls in der Gegend des Annaberges wiederum sehr lebhaft. Auch hier blieben die polnischen Vorstöße erfolglos.

Keine Entspannung

London, 4. Juni.

Wie dem Reuterschen Bureau mitgeteilt wird, zeigen hier eingegangene Drahtmeldungen aus Oberschlesien keine Besserung der Lage. Die Insurgenten sprengen Brücken und verhindern den Durchgang von Lebensmittelsüßen nach den Industriebezirken. Polnische Truppen feuern auf die Pionierabteilungen, die mit der Ausbesserung der Schäden beschäftigt sind. Tarnowitz ist von Polen umzingelt. Die Eisenbahnstation wurde von ihnen genommen, obwohl französische Truppen in der Stadt sind. Die englische Regierung wartet nunmehr den Bericht Sir Harold Stuarth ab, dessen Eingang demnächst entgegenzusehen wird. Ebenso wird die Wirkung der Anwesenheit der britischen Truppen abgewartet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Oberste Rat früher als in 14 Tagen zusammentreten werde.

Die Kritik des Umlageverfahrens

Gegen die Erhöhung der Brotpreise — Gegen die Milliarden Gewinne der Landwirtschaft

Im Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft wurde am Sonnabend die Debatte über die Neuordnung der Brotversorgung fortgesetzt. — Abg. Diez (S.): Die Zwangswirtschaft hat allerdings die Produktion nachteilig beeinflusst. Wir sind auch grundsätzlich für die freie Wirtschaft, aber aus politischen Gründen muß der Wunsch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht aus den Kreisen der Produzenten, sondern aus den Kreisen der Konsumenten hervorgehen.

Abg. Dr. Herr (L. S. P.): Die Zwangswirtschaft sei nicht aus wirtschaftlichen Gründen erschüttert worden, sondern infolge des Widerstandes der Landwirtschaft. Geben man diesem Widerstande jetzt nach, so sei das eine Prämie für Gesetzwidrigkeit. Das sei ein sehr gefährlicher Weg, der seine inneren Konsequenzen habe. Der Minister sei nicht imstande gewesen, das Umlageverfahren gegen die Einwendungen der rechten Parteien genügend in Schutz zu nehmen. Das Umlageverfahren sei eben nicht zu verteidigen. Es sei ein Verlegenheitsmittel, ein bloßes Aushängeschild, das man bald fallenlassen müßte. Bereits jetzt zeige sich deutlich der Widerstand der Landwirtschaft gegen das Umlageverfahren und der mangelnde Wille zur Erfüllung der durch Gesetz auferlegten Verpflichtungen. Redner wies auf die Opferfreudigkeit der Arbeiterschaft gegenüber der Kollage des Reiches hin, erinnerte insbesondere an das Ueberfließenabkommen der Bergarbeiter, die hierdurch die Erfüllung der Spaa-Verpflichtungen nur möglich gemacht hätten. Eine gleiche Opferfreudigkeit hätte man in der Landwirtschaft nicht getragen, wenn nicht auch gleichzeitig die Arbeiterschaft nicht besser bezahlt würde. Wäre man also die Erhöhung des Brotpreises auf die Verbraucher ab, so führe dies zu einem Kampf um die Erhöhung der Arbeitslöhne. Redner hielt es für die unbedingte Pflicht der Regierung, dann zum mindesten das Mehrerzeugnis, das durch die Steigerung des Brotpreises der gesamten Landwirtschaft zuzuführen würde — und das würden ungefähr fünf Milliarden Mark sein — für die Erfüllung der der Entente versprochenen Reparationsleistungen zu verwenden, nicht aber den Landwirten zu belassen. Wie denke sich übrigens die Regierung den Abbau der Zuschußwirtschaft? Vor allem müßte die Zuschußwirtschaft abgebaut werden, die der

Industrie und der Landwirtschaft zugute komme. Das sei bei der Verdünnung des Marktes der Fall, wo anscheinend eine große Begünstigung der Landwirtschaft eingetreten sei.

Reichsernährungsminister Hermes: Die Regierung muß auf eine Intensivierung der wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturen, also auch des Getreides, hinwirken. Große Anbauflächen allein wären nicht von Nutzen, wenn nicht auch das Interesse des Landwirts intensiv ausnütze. Dies Interesse dürfe also nicht völlig unbeachtet gelassen werden, und man müsse sich schon dazu verstehen, den Landwirten von den Erträgen ihrer Arbeit eine gewisse Rente zu überlassen. Die vom Abg. Herr (L. S. P.) erwähnte Opferwilligkeit der Arbeiterschaft gegenüber der Kollage des Reiches, insbesondere das durchaus lobenswerte Verhalten der Bergarbeiter wird anerkannt. Ebenso haben weite und bedeutende Kreise der Landwirtschaft durchaus ihre Pflicht erfüllt. Allerdings sind auch käumige Landwirte zu verzeichnen gewesen, aber ich warne dringend vor einer Generalisierung. Das Umlageverfahren muß sowohl nach Höhe wie in allen praktischen Details der Landwirtschaft soviel wie möglich angepaßt werden. Im Gegensatz zu dem prophezeiten Zusammenbruch der Politik des Ernährungsministeriums bereits im Februar d. J., ist sogar eine bedeutende Erleichterung eingetreten. Nach einem Bremer Auktionsbericht wurde in vielen Tagen dort das Fund Butter für 15 Mark verkauft. Ein weiterer planmäßiger Abbau der Zwangswirtschaft muß angestrebt werden. Der Brotpreis steht nicht im Zusammenhang mit dem Umlageverfahren; doch ist mit einer Erhöhung des Brotpreises in jedem Falle zu rechnen, und zwar schon deshalb, weil der Abbau der Zwangswirtschaft unumgänglich ist. An einem der nächsten Tage werde eine Kabinetsitzung diese Frage behandeln.

Abg. Krüger-Hoppenrade (DnL) fordert die vollständige Beseitigung der Zwangswirtschaft. Abg. Woltenbühr (Soz.) begründet ausführlich die Bedenken seiner Partei wegen des Umlageverfahrens und erinnert die Agrarier daran, daß sie früher die schärfsten Gegner der freien Wirtschaft waren und Anfang der 90er Jahre durch den Antrag Ranth gegen den Freihandels-Stellung nahmen. Für die Stellung der Agrarier sei also nur die Konjunktur und der Profit maßgebend.

Reinath (Dem.) meint, die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei in vollem Gange, spricht sich aber doch für das Umlageverfahren aus.

Der Wiederaufbau

C. G. Paris, 4. Juni.

Die französischen und die deutschen Sachverständigen haben gestern und heute die Einzelberatung wegen der Lieferung der 25 000 Holzhäuser fortgesetzt. Es handelt sich gegenwärtig darum, gewisse Modelle abzuändern und zu vereinfachen, damit eine Preisermäßigung eintritt. Die deutschen Sachverständigen werden neue Angebote machen. Die Aufträge werden Deutschland nur soweit zugehen, als die Beschädigten Nordfrankreichs die Lieferung deutscher Häuser beanspruchen. In den letzten Monaten sollen je 1500 Häuser geliefert werden, in den folgenden Monaten 3000 und vielleicht sogar mehr.

Wie Havas mitteilt, hat die Reparationskommission auf Verlangen der Kriegslastenkommission heute deutsche Sachverständige über die Bewertung der abgelieferten deutschen Schiffe gehört.

Aus Sowjetrußland

Erfolge der Sowjetopposition

DE. Helmsfers, 4. Juni.

Das Organ des Petersburger Sowjets, die „Krasnaja Goceta“ meldet in ihrer Nummer vom 2. Juni, daß die Opposition auf der zweiten Plenarsitzung des neuen Moskauer Sowjets ihre erste Kräftprobe abgelegt habe. Die Redner der neugebildeten Opposition wiesen nach, daß das kommunistische System zum Verfall des Wirtschaftslebens in Rußland geführt habe. Der linke Sozialrevolutionär Steinberg, der Menschewist Gurewitsch und andere Oppositionsredner forderten die Immunität der Sowjetdelegierten. Die kommunistische „Krasnaja Goceta“ schreibt, die bürgerliche Demagogie der Menschewisten habe Erfolg gehabt und es durchgesetzt, daß in Zukunft eine Verhaftung von Sowjetmitgliedern nur mit Wissen des Präsidiums erfolgen könne und der Befähigung durch die Plenarversammlung des Sowjets bedürfe. Die Sitzung verlief sehr stürmisch.

Die Allrussische Konferenz der Kommunistischen Partei beschloß, den Konjunktionskreditoperationen zu gestatten und billigte den Beschluß, wonach in der Provinz Staatsbetriebe an Privatunternehmer verpachtet werden können.

Die Kriegsverbrecher

Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Reumann

— Der Angeklagte freigesprochen

Der Kriegsprozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Reumann hat heute vormittag vor dem 2. Straßengericht des Reichsgerichtes begonnen. Der Angeklagte wird durch den Rechtsanwalt Dr. Dahnmann-Weipzig verteidigt. Zeugen und Sachverständige sind nicht geladen. Der Angeklagte wird von England beschuldigt, am 28. Mai 1917 im Mittelmeer zwischen La Palotte und Malia völlerrechtswidrig das englische Vazarettschiff Dover Castle ohne vorherige Warnung torpediert und dabei mit besonderer Grausamkeit gehandelt zu haben. Bei dem Untergang des Vazarettschiffes sind sechs Matrosen ums Leben gekommen, und es wird deshalb dem Angeklagten Mord zur Last gelegt. Ein weiterer gegen den Angeklagten erhobener Vorwurf, er habe sich der Plünderung, begangen an dem Material des untergegangenen Schiffes, schuldig gemacht, steht nicht zur Verhandlung.

Für die Vazarettschiffe war eine Fahrtrinne vorgezeichnet, innerhalb der sie sich zu halten hatten. Da bekannt geworden war, daß die Engländer Vazarettschiffe zum Transport von Munition und Truppen benutzten, hatte die deutsche Marineleitung den U-Boot-Kommandanten die Anweisung gegeben, auch Vazarettschiffe nicht zu schonen, wenn der Verdacht vorliege, daß sie nicht eigentlich Vazarettschiffe dienten.

Der Angeklagte gibt auf Betragen eine ausführliche Schilderung der Vorgänge an dem fraglichen Tage. Er sah nachmittags gegen 1 Uhr bei gutem Wetter mehrere größere Dampfer herankommen, die von zwei Zerstörern begleitet waren. Er stellte diese Dampfer alsobald als Vazarettschiffe fest. Die Fahrzeuge fuhrten im Jidjakturs und zwar außerhalb der freien Fahrtrinne. Er hielt es nach den ihm gegebenen Befehlen für seine Pflicht, die Schiffe zu torpedieren. Das Rettungswort selbst hat er in keiner Weise gehört. Da das Vazarettschiff durch den ersten Torpedotreffer nicht zum Sinken gebracht war, feuerte er etwa anderthalb Stunden später

nach einen zweiten Schuß

ab, der das Schiff zum Sinken brachte. Aus der Art der Explosion hat er die feste Ueberzeugung gewonnen, daß das Schiff trotz seiner Kennzeichnung als Vazarettschiff Munition am Bord hatte. Zu einer vorherigen Warnung war er nach seinem Befehle nicht gezwungen.

Nach einigen Feststellungen aus den Akten ergreift der Oberreichsanwalt das Wort. Er lehnt auch heute jedes Eingehen auf politische Fragen ab und wendet sich nur der Frage

zu, ob das, was der Beschuldigte geständiger machen getan hat, nach dem deutschen Strafrecht strafbar sei. Als Kommandant eines deutschen U-Bootes schloß der Angeklagte im Thüringischen Meer zwei Vazarettschiffe, die von zwei Zerstörern begleitet wurden. Er erkannte sie als Vazarettschiffe, da sie die vorchriftsmäßigen Zeichen trugen, er erkannte auch, daß es sich um englische Schiffe handelte. Er ließ sie herankommen, und gegen 8 Uhr abends gab er einen Torpedoschuß auf das eine ab. Das torpedierte Schiff war die Dover Castle. 632 Kranke waren neben der Besatzung darauf. Das Schiff Munition führte, ist nicht erwiesen.

Wenn der Beschuldigte tatsächlich

vorsätzlich Menschen getötet

hat, so muß § 211 des Deutschen Strafgesetzbuches Anwendung finden. Der Torpedoschuß war von einem deutschen Schiffe aus abgegeben, und deutsche Kriegsschiffe gelten auch im Auslande als Inland.

Der Soldat ist infolge seines Fahnenweides gebunden, jeden Befehl in Dienstlagen zu erfüllen, und wenn er lediglich in Erfüllung dieser Pflicht handelt, so ist er nicht verantwortlich. War der Befehl ein rechtmäßiger, so kann von einer rechtswidrigen Handlung auch objektiv nicht die Rede sein. Der Befehl war ein ordnungsmäßiger. Vazarettschiffe handeln dem Abkommen zuwider, wenn sie im Landkriege verwundete Soldaten transportieren. Sie dürfen nur im Seekriege Verletzte transportieren.

Der Beschuldigte ist nach Ansicht des Oberreichsanwalts auch dann nicht strafbar, wenn der Befehl nicht rechtmäßig gewesen wäre. Auch der nicht rechtmäßige Befehl bindet im allgemeinen den Untergebenen und bereitet ihn von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Der Untergebene muß die Rechtmäßigkeit des Befehls unterstellen, und wenn er sie unterstellt hat, ist er nicht verantwortlich, wenn er in Ausführung des Befehls etwas begangen hat, was sonst strafbar wäre. Nach Ansicht des Redners ist der Beschuldigte im vorliegenden Falle

nicht verantwortlich zu machen.

Er beantragt deshalb die Freisprechung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hahnemann-Weipzig, schließt sich diesen Ausführungen an und erörtert im besonderen noch die Rechtmäßigkeit des dem Angeklagten erteilten Befehls. Er geht dann auf das Haager Abkommen ein. — Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach mehr als einstündiger Beratung erscheint der Gerichtshof wieder. Präsident Schmidt verkündet gegen 12¼ Uhr das Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen; die Reichskasse hat die Kosten zu tragen einschließlich der notwendigen Auslagen des Angeklagten.

Die Urteilsbegründung macht sich die vom Oberreichsanwalt vorgebrachten Erwägungen zu eigen.

Ausschneiden!

Druckfache
Sind die
Hauptexpedition der „Freiheit“

Berlin G2
Breite Straße 8-9



Extra-Preise Montag bis Mittwoch

Kleider- und Seidenstoffe



Mädchen-Kleider
wie Abbildungen, aus
Baumwoll-Mussolin u.
Zephirleinen in flotten
Fassons. Länge 60 cm
Jede weitere Größe 5 Mk. mehr
55 Mk.

Baumwoll. Muslin
bedruckt, reiche Musterauswahl,
Mtr. 12,75 **9 50**

Blusenflanelle (Baum-
wolle)
hellgründig gestr., f. Blusen, Mtr. **9 75**

Gestr. Blusenstoffe
gute Qual., hübsche Farb., Mtr. **18 75**

Schleierstoffe best.,
helle u. b. Farb., 110 cm br., Mtr. **25 50**

Weißer Voll-Voile
115 cm breit Mtr. **28 50**

Seiden-Frotté einfarb.
große Auswahl Mtr. **24 Mk.**

Reinseid. Messalin **26 Mk.**
mittelfarbig Mtr.

Kleiderstoff doppeltbr.,
Gitterkaro, marine/weiß..... Mtr. **31 50**

Römische Streifen
doppeltbreit, f. Kleider u. Blusen
dunkle Farben..... Mtr. **41 Mk.**

Kostüm-Frotté weiß
und farbig, 120 cm breit... Mtr. **42 50**

Reinw. Kleidervoile
viele Farben, 100 cm breit... Mtr. **69 50**

Eolienne Seide mit Wolle,
farbig, 100 cm breit..... Mtr. **82 50**

Tussah-Seide
in 10 Farben, 80 cm breit.. Mtr. **52 Mk.**

Bastseide bedruckt, apart.
Muster, doppeltbreit..... Mtr. **58 50**



Einknöp-Anzug
wie Bild, aus Waschstoff,
gestr. Sportbluse mit dun-
kelblauer Hose, für 6 Jahre
Jede weitere Größe 6 Mk.,
ab 9 Jahre 9 Mk. mehr
95 Mk.

Schulkleidung

Matros.-Kleid.
aus kakif. Waschst.
u. gestr. g. Kadettst.
für d. Alter v. 6 Jahr. **118 Mk.**
Jede weit. Größe 10 Mk. mehr

Waschanzug
aus gut. gestreift.
Kadettst., f. 6 Jahre **125 Mk.**
jede weitere Größe 6 Mk., ab
9 Jahre 9 Mk. mehr

Sportanzug
w. B., ausg. gemust.
Stoffen, verschied.
Dess., für 6 Jahre **198 Mk.**
J. weit. G. 8 M., ab 9 J. 12 M. mehr

A. Wertheim
Leipzigerstr.
Rosenhallerstr.
Moritzpl. Königstr.

Damenstrümpfe 4 75
gewebt, schwarzbraun, grau.....

Damenstrümpfe 7 25
Baumwolle, fein, gute Qualität.....

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Wallenstein's Tod
Der Bauer als Millonär
Neues Volkstheater
Königsplatz Str. 66
3 Uhr: Jugendfreunde
7 Uhr:
Die St. Jakobsfahrt
Staatstheater.
Opernhaus
Richard-Strang-Opus
6. Abend:
4 Uhr: Rosenkavalier
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Journalisten
7 Uhr: Stroh - Die Flegel
Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potofsch u. Perlmutter
Kammerspiele
8 Uhr: Der Strahpüt
Großes Schauspielhaus
Königsplatz
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachts Traum
(Küfer Schenker)
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachts Traum
(Küfer Schenker)
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper
Alt-Heidelberg

Theater L. D.
Königsgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Hans Häsche
(Orska, Kiemann, Bild)
Berliner Theater:
DAS MILLIARDEN SOUPER
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Udo
Ollert, Ralph Arthur Roberts,
Herb. Alper, Paul Nestor
Komödienhaus:
Abendlich 7.30 Uhr:
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Hebenemann u. G.
Johanna Dora u. Staatsst.
u. G. Inge von der Straaten,
Ira Harlan, Georg Siefert,
Kurt Busch, Julius Rogg.
11. **Jolies Caprice** u. U.
am Dramenburger Tor
Der ledige Chemann
mit Ferd. Brändner
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
7 1/2 **Apollotheater** 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Murrhah!
oder
Der Sport-Schlamm
mit Wilhelm Hartstein

Metropol
Königsplatz 34.
7 1/2 Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
mit der unbedeutendsten
Juni-Spielplan

Berliner Brater
Königsplatz 70
Täglich 4 1/2 Uhr:
Die Schönste
von Allen
Operette von Jean Gilbert
u. Variété-Sensationen u.
Tanzmusik
4 1/2 **Casino-Theater** 4 1/2
Nur einige Aufführungen:
Der Schritt einer Frau
Sommer-Theater
Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Täglich
das große Sensations-Juni-
Spezialitäten Programm
u. a.:
2 Aleros, phänomenaler
renovierender Leiterakt
Fritz Pöhlmann, Humorist
Lotte Wanny, Souveräne
Küller, Tana, Gesang- und
Ballettgesellschaft Lederer
Goldini, Zauberkunst
u. a. u.
- Weibliche Barbore und
Die Fahrt ins Glückland
Mittwoch, 8. Juni 1921
Erstes großes Kinderfreudentest
Um 4 Uhr das Märchenpiel:
Kottkötchen und der Wolf
nachher d. ungeschätztes Programm
Donnerstag, 9. Juni 1921
Elite-Tag!
Großes Brillant-Feuerwerk
Anfang: Wochentags 4 1/2 Uhr
Sonntags 4 Uhr.
Vorverkauf täglich u. 10 Uhr ab.

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Friedrichstr. 72 u. Hochbahn-Bühnenstr.
2 Uraufführungen:
Blut wider Blut
Aus dem Leben eines Hochkaplers. Detektivroman.
Drehbuch:
Sticht durch Flammen
Schicksalstragödie einer Verführten.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Sonntag, den 5. Juni 1921
Konzert und
Spezialitäten-Vorstellung
16 Attraktionen
vollständig neues Programm
Anfang 4 Uhr 1-1 Einlaß 1 Uhr
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang u. d. Friedrichstr. (Str. 100) Norden 106 21

Rhein und Mosel
19er Winzenheimer kräftig blumiger Röhricht 14.50
Liesberger Mosel 12.- 19er Rudesheimer 18.50
19er Caseler .. 21.- Roter Herzhelmer 11.50
Oestereich, Südwine 16.80 schwer süßer Malaga 24.75
Französischer Derby-Cognac Fl. 64.-
Derby Weinbrand .. 49.50 Weinbrand Verschnitt .. 42.50
würzige Frucht- 7 7/8 frei Haus mit
Wein-Bowls .. Flasche ohne Steuer
Für Versand und Literatur besondere Entgelt-Preise.
Nur. 1254. Engros: Burgstr. 34, Gensler & Gensler, Pöhl-
mann Str. 54, Berl. Draisling 104 u. in d. Alt. Weinstraße, Erlan-
genstr. 11, Gr. Frankl. 112, Markt, Jandorf, Sebald, Allen 178,
Bismarckstr. 174.

Schanburg
Königsgräber Straße 121
Täglich ab 7 Uhr
Hotel Tartarus
oder
Die Jagd nach dem
Millionendieb
ab 8 1/2 Uhr
Herrfeld-Gastspiel
Wer ist der Vater?
Kleinredlung
Kaufmann in Friedrichstraße.
Quadrat-Route Nr. 66. - unter
günstigen Bedingungen zu den-
kaufern. Kleiner, handlich-
größen 5 (am Königstr. Alexander-
platz).

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

Seifenhändler!
Kern- und Toilettenseifen,
Welfen, Wagner, Fiebertsches,
Lanolin-Seifen, Seifenpulver,
Seifenpulver (rote Packungen),
Seifen Sie mein Lager (8-12,
Sonntag 8-11).
Dampf, Brunnenstr. 122 (Golf)

Kolonie Zeelen,
wenige Minuten vom Cen-
tralbahnhof, schön und bei
dem reichlich gelegen,
sehr schöne Landparzellen
von 1000 M. an bei klei-
ner Anzahlung und gün-
stigen Zahlungsbedingungen.
Besitzer: Zeelen, Köpenick.

W. Koschitzky,
Berlin E 54,
Königsgräber Str. 39
9-4. Teleph.: Köpen 5005.
Sonntags Treffpunkt jeder-
zeit im Restaurant Schott,
direkt am Bahnhof Königs-
gräberplatz.

Nußbaumfournier
amerik. 10 M., Eiche 4 M., per-
W. Herzog, Prenzlauerstr. 46

Zigaretten-großhandlung
Berl. Markth. Wiederverkäufer-
Posten, Alexanderplatz 2, 1. Etg.

Händler gesucht für den
Bereich aktueller Zigaretten-
großhandlung „Freiheit“,
Breite Straße 69.

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **Freiheit** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der höchsten einmal erscheinenden
inaktiven Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 10. - monatl., Mk. 5. - halbmönatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Mr. me:
Ditt:
Stroße:
Herrn: Herrlich (Lehrer), Briefe genau ausfüllen: Name, Hof, Ort, Nummer.

Diesen Besellschein bitten wir an die Hauptredaktion, Berlin E 2,
Breite Straße 69, einzulenden.
Der Verlag.

300
heute
am 1. Sonntag im Monat
Eintritt:
300
und
1000
nachmittags
Großes Doppelkonzert
Aquarium

Kehre zurück
zu guter Friedenserdenode. Sie werden sich
alles vergeben
nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Heranschaffung bei
Wallach & Schubert, E 2, Breite Straße 5,
Kof. Duka, vorzureden. Dort kaufen auch Prospekt!

Preis	Nach Maß konfektioniert	Neu Machschneider
Anzüge 350-650	600-900	500-1200
Schulblätter 485	575	600-800

aus nur soliden Stoffen in bester, moderner Ausführung.
Telephon: Zenitrum 8360.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Soeben erschienen!

PROLETARISCHE JUGEND
SAMPLING
SOZIALISTISCHER
JUGENDCHRIFTEN

Teil 3
Og. Engelbert Graf
**Stammt der Mensch
vom Affen ab?**
Mit 10 Abbildungen
Preis 4.- Mark

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin E 2, Breite Straße 69
Auch in den
Filialen der „Freiheit“ erhältlich

Der Etat Der neuen Stadtgemeinde

Der Magistrat von Berlin hat mit den Beratungen des Haushalts-Voranschläges für 1921 begonnen. Mitte Juni soll der Etat den Stadtverordneten vorgelegt werden, und noch im Laufe des Monats soll die Beratung erledigt sein. Es ist einfach unmöglich, in dieser kurzen Zeit die Beratung des Voranschläges mit der Gründlichkeit, die die Sache verlangt, vorzunehmen. Handelt es sich doch hier nicht nur um den Etat eines Gemeinwesens, der an Umfang dem eines großen Staates kaum nachsteht, sondern auch die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten Vorschläge der früheren Gemeinden, die inzwischen in Groß-Berlin aufgegangen sind, erfordern eine eingehende kritische Nachprüfung. Diese Nachprüfung ist für Magistrat und Stadtverordnete um so schwieriger, als sie über Bedürfnisse von Gemeinwesen entscheiden sollen, die ihnen, zum überwiegenden Teile wenigstens, völlig fremd sind. Dazu kommt, daß die von den früheren selbständigen Vorortgemeinden unterbreiteten Voranschläge von diesen ebenfalls nicht genügend vorbereitet werden konnten. Bei der Ausarbeitung des Etats waren die inzwischen zu Groß-Berlin geschlagenen selbständigen Gemeinden nicht mehr befugt, eine Beratung des Voranschläges vorzunehmen, andererseits waren auch infolge der Verzögerung des Inkrafttretens der Bezirksämter auch keine gemeindlichen Organe an ihre Stelle gesetzt, die die Voranschläge vorbereiten konnten. Die Unterlagen, die von den einzelnen Verwaltungsbezirken dem Magistrat für den Etat 1921 unterbreitet worden sind, sind somit nicht höher zu bewerten als rein bürocratische Zusammenstellungen der einzelnen Ausgaben-Positionen. Und da diese Aufstellungen nach dem Muster des Berliner Etats, das von dem Schema der Voranschläge der früheren einzelnen Gemeinden erheblich abwich, in einem Eiltempo erfolgen mußten, so daß auch der Beamte keine Zeit fand, die erforderlichen Umrechnungen und Feststellungen vorzunehmen, so beruhen die von ihm gemachten Ansätze oft nur auf Schätzungen, die einer gründlichen Revision bedürfen.

Nach einer Magistratsverfügung vom 12. Mai sollten bis zum 31. Mai die Voranschläge der einzelnen Verwaltungsbezirke dem Magistrat eingereicht sein. Da die meisten Bezirksämter infolge der Hinauszögerung der Bestätigung erst vor einigen Wochen ihre Tätigkeit aufnehmen konnten, war eine Beratung der Voranschläge in den meisten Bezirken nicht möglich.

Die vom Magistrat verlangte Eile zur Einreichung der Voranschläge der Bezirke wurde mit den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes begründet, wonach im Laufe des Monats Juni der Steuerverteilungsplan festgestellt sein müsse. Daß eine Ueberschreitung des gesetzlichen Termins eine Zwangsetatifizierung durch die Aufsichtsbehörden zur Folge gehabt hätte, darf wohl kaum befürchtet werden. Denn haben schon in normalen Zeiten einige Gemeinden diesen Termin nicht immer innehalten können, so würde eine Ueberschreitung des Zeitpunktes bei Feststellung des Etats 1921 der Stadtgemeinde Berlin mit dem Hinweis darauf hinreichend zu rechtfertigen sein, daß sie tatsächlich erst vor einigen Wochen ihre Funktionen im vollen Umfange aufnehmen konnte. So wünschenswert an sich eine frühzeitige Aufstellung des Etats im Interesse einer geordneten Verwaltung auch ist, so ist andererseits doch auch zu bedenken, daß durch eine überstürzte Etatsberatung Fehler entstehen können, die der Verwaltung im kommenden Jahre große Schwierigkeiten bereiten und dem Gemeinwesen Schaden zufügen.

Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Umfanges des Haushalts-Voranschläges für das neue Berlin und der bisher dafür geleisteten höchst oberflächlichen Vorarbeit kann nicht dringend genug vor einer über-

eilten Beratung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gewarnt werden. Die den städtischen Körperschaften vorgelegten Etatentwürfe sind allerdings von dem Rämmerer resp. seinen Beamten einer Durchsicht unterzogen worden. Diese war aber lediglich geleitet von dem Bestreben, Absprüche der Ausgaben vorzunehmen. Es ist bereits durch die Presse bekannt geworden, daß der Haushaltsplan 1920 mit einem ungedeckten Fehlbetrag von rund 400 Millionen Mark abgeschlossen hat und daß nach oberflächlicher Schätzung der eingereichten Voranschläge für 1921 der Haushaltsplan für das kommende Etatsjahr einen Fehlbetrag von 750 Millionen Mark aufweisen soll. Jeder, sofern er nicht eine völlige Zerrüttung der Berliner Stadtverwaltung herbeisehnt, wird volles Verständnis zeigen für das Bestreben des Magistrats, einen Fehlbetrag im neuen Haushaltsplan zu vermeiden.

Es fragt sich nur, nach welchen Grundsätzen der Etat balanciert und Streichungen vorgenommen werden sollen. Und da will es scheinen, als wenn der Rämmerer hierbei nach Richtlinien verfährt, die vom sozialen Standpunkte aus betrachtet unmöglich gutgehen werden können. Bei den Beratungen, die zwischen dem Rämmerer resp. seinem Beauftragten und den Vertretern der Bezirksverwaltungen über die von diesen eingereichten Voranschläge stattgefunden haben, wurde von Seiten des Rämmerers als Grundlag der Streichung aufgestellt, daß der Etat für 1921 keinesfalls über die Höhe des Voranschläges für 1920 hinausgehen dürfe. Neue Projekte sollen überhaupt nicht im Etat aufgeführt werden. Es ist ein schlechter Trost, auf die Möglichkeit besonderer außerordentlicher Bewilligung hinzuweisen. Auf dem Gebiete der Wohlfahrts- und Jugendpflege sind Streichungen erfolgt, die lediglich die Arbeiterschaft und ihre Jugend treffen. So sind, um einige konkrete Beispiele zu nennen, die Ausgaben für Schülerwanderungen ganz gestrichen worden, die als Zuschuß für die Kinder der ärmeren Bevölkerung vorgesehen waren, damit diese von Schulausflügen nicht ausgeschlossen brauchen. Welch furchtbare Herzlosigkeit, den Kindern der Armen die Teilnahme an Schulausflügen streitig und von der Gnade wohlthätiger oder auch wohlgeselliger Stifter abhängig zu machen! Ebenfalls soll für den von einigen Orten mit sozialistischer Mehrheit vorgesehenen Moralunterricht kein Geld in Berlin vorhanden sein. Die Mittel für den katholischen Religionsunterricht an evangelischen Schulen sind freilich nicht gestrichen. Sollen dieser Art die wenigen kulturellen Erwerbungen sozialistischer Gemeinden durch das größere sozialistische Berlin in Frage gestellt sein?

Der Grundlag, daß der Etat 1921 nach den Sätzen des vorjährigen Etats aufzustellen ist, muß überhaupt als unsozial und dem eigentlichen Zweck der Groß-Berliner Eingemeindung widersprechend zurückgewiesen werden. Die Befolgung solcher Richtlinien ließe praktisch auf eine Verlängerung des vor der Eingemeindung in sozialer Hinsicht bestehenden ungerechten Zustandes zwischen den Groß-Berliner Gemeinden hinaus. Die ehemaligen Gemeinden der westlichen Vororte haben in früheren Jahren Einrichtungen, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, geschaffen können, die zu bilden den Gemeinden mit ärmerer Bevölkerung bisher nicht möglich war. Ebenso sind im Westen Erholungsstätten durch Anlage von Parks, Spiel- und Sportplätzen entstanden, während die Gemeinden mit Arbeiterbevölkerung, obgleich diese derartige Einrichtungen dringender bedurfte als die weniger gesundheitlich gefährdete wohlhabendere Bevölkerung des Westens, die Schaffung solcher Stätten sich versagen mußten. Dagegen sind die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke infolge der Nachwirkungen des Krieges und der nicht abnehmenden Erwerbslosigkeit in den Orten mit überwiegender Arbeiterbevölkerung bedeutend gestiegen. Wenn also der Neuerrichtung von Erholungsplätzen grundsätzlich widersprochen wird, so wird davon einseitig die Arbeiterschaft betroffen.

Und wenn ferner auf dem Gebiete der Wohlfahrt- und Jugendpflege an den Haushaltsvoranschlägen der einzelnen Verwaltungsbezirke gleichmäßig Streichungen vorgenommen werden, so bedeutet dies trotz der scheinbaren gleichmäßigen Behandlung aller Bezirke faktisch eine Benachteiligung der Arbeiterschaft und eine finanzielle Bevorzugung der bemittelteren Steuerzahler. Mit der Zusammenfassung der finanzkräftigeren westlichen Vororte mit den Orten, in denen die Arbeiterbevölkerung überwiegt, sollte doch der notwendige soziale und gerechte Ausgleich geschaffen werden, wie ja denn überhaupt der Sinn des Gemeinwesens es ist, den wirtschaftlich Stärkeren in erhöhtem Maße zur Tragung der Lasten heranzuziehen. Von diesem Gesichtspunkte aus sollte also bei Feststellung der Haushaltsvoranschläge der einzelnen Verwaltungsbezirke Verfahren werden. Einen gewissen Anhalt bei der Berechnung des Bedarfs der einzelnen Verwaltungsbezirke könnte die Bevölkerungsziffer bieten. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, haben immer noch die westlichen Orte weit höhere Ausgaben als die dicht bevölkerten östlichen Bezirke, obgleich diese weit höhere Verpflichtungen auf dem Gebiete des Wohlfahrts- und Armenwesens besitzen als jene. Man sollte doch auch nicht vergessen, daß gerade in manchen der westlichen Vororte noch kurz vor der Eingemeindung Neueinrichtungen geschaffen worden sind, die das neue Groß-Berlin finanziell stark belasten, während die mit dem Eingemeindungsgedanken sympathisierenden Arbeitergemeinden es unterlassen haben, kurz vor Trosschluß dem bevorstehenden Groß-Berlin neue Lasten aufzubürden. Insofern würde die Zugrundelegung der vor Eatsjahre bei Feststellung des neuen Haushaltsvoranschläges eine Befragung dieser Gemeinden mit starkem Verantwortlichkeitsgefühl bedeuten. Schließlich ist ja auch der Etat 1920 ohne jede ordnungsgemäße Bearbeitung aufgestellt worden.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die bestehen, um den Etat für 1921 unter Beachtung der sozialen Gesichtspunkte und der Finanznot der Stadt Berlin herzustellen, sollen nicht verkannt werden. Es ist zweifellos eine unerhörte Leistung, die nicht nur einen geübten sozialen Blick verlangt, sondern auch an die Nervenkraft eines jeden einzelnen Mitarbeiters außerordentlich hohe Anforderungen stellt. Trotzdem darf auf keinen Fall einer rein schematischen Erledigung der Voranschläge der einzelnen Verwaltungsbezirke nach den Vorschlägen des Bureau, etwa mit dem Hinweis auf die Eilbedürftigkeit, zugestimmt werden. Eine rein bürocratische Aufstellung des Etats muß den sozialen Gesichtspunkt außer acht lassen und dem notwendigen gerechten Ausgleich hinderlich sein. Die minderbemittelten Schichten wären die Leidtragenden! Vor allem wird versucht werden müssen, von Staat und Reich möglichst hohe Zuschüsse für die Armenpflege, die Erwerbslosigkeit und produktive Erwerbslosenfürsorge zu erlangen. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die durch den langen Krieg verursachte Finanznot der Stadt Berlin auf Kosten der Wohlfahrts- und Jugendpflege — d. h. auf Kosten der Arbeiterschaft! — ausgeglichen wird.

Der Gemeindeausschuß des Landtages beriet in seiner Sonnabend-Sitzung über die Venderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, sowie über die Realsteuern und ihre Erhebung durch die Gemeinden. Die Beratung über die dazu vorliegenden Anträge Stering (Soz.) und Miteger (Str.) wurde vertagt, da die Regierung die alsbaldige Einbringung der Novelle zum Abgabengesetz ankündigte. Die Novelle liegt dem Staatsministerium vor und wird in den nächsten Tagen an das Plenum gelangen. Auf die Not der Gemeinden wird besonders Rücksicht genommen. Der Antrag Klost-Effen (Str.) auf Annahme eines Gesetzes, betreffend Erhebung von Nachtragszulagen durch Gemeinden und Gemeindeverbände wurde angesichts dieser Umstände zurückgezogen.

Wolfsrauel



Man verlange den Sommerkatalog

- Damen-Kleidung**
- Bluse, farbig bestickt, Batist 18.50
 - Sportbluse, farbig gemustert, off. od. geschlozt. zu tragen 39.-
 - Rock, weißer baumwoll. Celardin 69.-
 - Rock, aus vorzüglich. Eolien 198.-
 - Morgenrock aus bedrucktem Washstoff 79.-
 - Staub- oder Regenmantel aus imprägn. Covercoat 225.-
 - Loden-Mantel 290.-
- Knaben-Kleidung**
- Wasch-Kittelanzug aus leinenartigen Zephir, mode oder hellblau mit weißen Paspel, elegante Verarbeitung für 1 1/2-4 Jahre 66.-
 - Schlupf-Anzug, glatt od. gestreift, m. blauem Ueberrock, Größe 0 für 2 Jahre 66.-
 - Bl. Größe 6 je M. 7.- mehr.
 - Einknöpff-Blusen-Anzug aus farbigem oder gestreift. u. eilt. Washstoff, Gr. 0 für 2 Jahre. Bl. Größe 6 je M. 6.- mehr.
 - Kleider Blusen in großer Auswahl

- Waschstoffe**
- Dirndl-Stoffe 80 cm Meter 13.50
 - Perkal, bedr., f. Hemden u. Blusen, 80 cm. Meter 13.50
 - Perkal, weiß, mit eingewebten weißen Streifen . Meter 13.50
 - Tennisflanell in sporten Streifen Meter 13.50
 - Kleiderstoffe schötlich oder schwarz-weiß kariert, 80-85 cm. Mtr. 16.50
- Herren-Wäsche**
- Oberhemd gestreift od. gem. mit Klappmanschotten 72.-
 - Zephir-Oberhemd mit Klappmanschotten 85.-
 - Taghemd aus kräft. Hemdenstoff 53.-
 - Sport-Kragen weiß Piken oder Panama 4.75
 - Herren-Strohhat Matelotform 28.-
 - Strickkrawatten Kunstseide in vielen Farben 12.50

- Wirkwaren**
- Damen-Hemden gerippt, mit schmaler Achsel 22.-
 - Kinder-Sweater, feiner Trikot, Mittelgröße 20.75
 - Kind.-Hemdhoeschen, feiner weißer Trikot 23.75
 - Badhosen aus Trikot für Herren, Mittelgröße 6.00
 - Kinder-Söckchen, weiß Größe 1-5 6-9 3.75 4.75
- Reise-Artikel**
- Kupee-Koffer, krokodill-narbig gepolst. Hartplatte mit Schutzdecken, 50 cm lg. 53.-
 - Bahnkoffer, Kabinenform mit Schutzflgel, Kanten m. Blech eingefasst, 80 cm. 315.-
 - Damen-Hutschachtel, runde Form, aus Holzplatten, Tragebügel aus Rindleder 25x30 cm 49.-
 - Rucksäcke, ledern, wasser-dicht mit Leder-trägern 40x40 40x48 45x50 cm 25.50 44.50 72.50

- Tischwäsche**
- Reinl. Tischtücher geblickt, Schachbrettmuster besondere Gelegenheit
 - 150x 72.- 150x 97.50
 - 165 cm 200 cm
 - 150x 125.- 150x 145.-
 - 200 cm 300 cm
 - Mundtücher, dam. passend, 65x85 cm 15.75
 - Gartendecken, buntfarbig, waschecht
 - 120x 33.50 120x 39.50
 - 140 cm
 - Handarbeiten
 - beschiedet, auf gutem, weißem Halbleinen, Lock- u. Ausschmittenzeichnungen
 - Vierecke 33x33 cm 2.65
 - Mitteldecke 65x 13.75
 - Tischdecke 133x 59.-
 - Kissenplatte 42x 60 cm 10.75
 - Weißes Stickgarn Stärke 40 Meter 1.45
 - Hängematt. 29.50 34.50
 - Kragenbeutel Batik-Löwen 8.75

Gewerkschaftliches

Widersprüche im V. R. G.

In unserer Besprechung über die „Gefahren der Schlichtungsordnung“ in Nr. 247 haben wir u. a. gesagt, daß das Betriebsratsgesetz mehr wie jedes andere Gesetz unklar und voller Widersprüche sei. Dies wäre wohl vermieden worden, wenn die geistigen Väter des V. R. G. etwas weniger Juristen und mehr Techniker gewesen wären. Wir erinnern hier auch an das Referat Händlers auf der 2. Bundestagung der technischen Angestellten und Beamten, die in der ersten Woche des Mai in Berlin stattfand, in welchem die Forderung der „Durchdringung der Verwaltung mit technischem Geist“ aufgestellt wurde.

Die Juristen haben heute mit „ihrer formalen logischen Deutlichkeit“ das Übergewicht, während der Techniker stets von der „Wissenschaft kontrolliert“ wird, die, wie auch Prof. Jansen in seinen Schriften der „Deutschen Gesellschaft für soziales Recht“ schreibt, „notwendigerweise zur Gewissenhaftigkeit und zum Verantwortungsfähigkeit erzogen“ muß. Der technisch denkende Mensch, führte Händler aus, ist stets von dem Gedanken der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit geleitet, was wohl vom Juristen nicht gesagt und behauptet werden kann.

Und gerade das V. R. G. ist ein klassischer Beweis für diese Gedankengänge und ein Argument mehr für die Forderungen, die sich der Bund der Techniker zu eigen gemacht hat und denen wir nur beipflichten können.

Eine kleine interessante, gerade grotesk wirkende Studie über diese Widersprüche des V. R. G. hat Genosse Richard Seidel in der Nr. 10 der von uns schon mehrfach rühmend herangezogenen „Betriebsrats-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie“ veröffentlicht, die den Titel „Betriebsratsgesetz, Tarifverträge und Betriebsräte“ trägt. Seidel bespricht sich u. a. mit § 66, der den Betriebsrat verpflichtet, „an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken“.

Daran wird aber der mitwirkende Arbeiter zunächst durch den engmaschigen Drahtschutzhülle der Patentgesetze gehindert, weiter aber auch, und das ist belustigend, durch das V. R. G. selbst. Denn dieses schützt das Betriebsratsgeheimnis, ergo auch die Produktionsmethoden, und seien sie auch noch so rückständig, und heiligt damit den „Betriebsrat“ als des Unternehmens. Der Betriebsrat kann auf Grund des § 71 Einsicht in die Geschäftsabrechnung bekommen, aber nur soweit, um jegliche „Geheimnisse“ technischer und geschäftlicher Natur zu schützen. Wo aber die „Geheimnisse“ anfangen und aufhören und der sogenannte Sinn des Gesetzes zum Unstimm wird — und so zur betriebsrechtlichen Degeneration führt, wird nicht umstritten.

Wie soll nun der Arbeiter im Sinne des § 66 praktisch wirken? Seine Aufgabe ist es, zur „wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten produktiven Kräfte“ beizutragen. Aber § 68 sagt wieder: „Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat dahin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeinwohl schädigen.“

Ein rückständiger Betrieb wird sich dagegen wehren, wenn er nicht durchaus muß, sich technisch zu modernisieren und wird sich auf diesen Paragrafen stützen, und der Arbeiter, der im Geiste des V. R. G. wirken will, kann sich über die „Bemühung“ des Gesetzes, die zum Unstimm ausschlägt, philosophische Gedanken machen. Damit sind aber die „unzweckmäßigen und widersprüchlichen Situationen“ unseres Gesetzes noch lange nicht erschöpft. Wird wirklich in einem Betrieb eine technische Neuerung eingeführt, die eine Vereinfachung der Produktion und überflüssige Arbeitskräfte im Gefolge hat, so wird das Mitbestimmungsrecht bei Entscheidungen zur — Farce.

Doch darüber vielleicht ein andermal. Jedenfalls ist festzustellen, daß die eingangs erwähnten Forderungen überaus wichtig sind und deren Durchführung erstrebt werden muß. Hätten Techniker bei dem V. R. G. mitgewirkt, es hätte jedenfalls ganz anders ausgesehen. Wenn bekanntlich die beste Gelegenheit darin besteht, alte unbrauchbare Gesetze aufzuheben, so gilt dies auch vom V. R. G. in dem Sinne, daß es einer gründlichen Remedur unterzogen werden muß.

Bei allen Gelegenheiten im Gewerkschaftsleben sollte auf diese Dinge hingewiesen und die Kenntnis dieser Materie gefördert werden, um letzten Endes das V. R. G., wie wir es verstehen, um- und auszugestalten.

Vorsicht beim Unterschreiben von Lehrverträgen

Vom Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Den Eltern, die ihre Söhne in die Betriebe der Metallindustrie zum Erlernen eines Berufes geben haben, werden in neuester Zeit Lehrverträge oder Zusageverträge vorgelegt, die weitestgehende Verschlechterungen gegenüber den früheren enthalten. So ist die Lehrzeit, selbst bei einfachen Berufen, auf vier Jahre festgelegt, während der dreimonatigen Probezeit soll keine „Beihilfe“ zum Kostgeld gezahlt werden. Die Firmen behalten sich das Recht vor, Fleischlagen nach eigenem Ermessen auf Kosten der Lehrlinge aufzupacken und diese je nach „Verhalten“ der Jugendlichen bei beendeter Lehre auszuscheiden oder nicht. Außerhalb und innerhalb der Fabrik hat sich der Lehrling „selbst und sitzhaft“ zu betragen, in „jeder“ Beziehung das Interesse der Firma zu wahren, für mutwillig oder fahrlässig angerichteten Schaden (Werkzeugbruch usw.) soll die Vergütung des Lehrlings herhalten, außerdem werden auch die Eltern zum Schadenersatz verpflichtet. Vereinigungen irgendwelcher Art beizutreten ohne Erlaubnis der jeweiligen Firma, wird mit Entlassung bestraft, dasselbe geschieht, wenn die Aufnahmeprobe, das Betragen oder der Fleiß in Werkstatt oder Schule nicht genügen oder der Lehrling sich weigert, die vorgeschriebenen „Gesamtschulungen“ zu besuchen.

Vor allen Dingen soll nur jede tatsächlich geleistete Arbeitsstunde bezahlt werden. Zeitaufwand für Schulbesuch, Beurlaubungen bei Geschäftsstunden, bei Ausperrungen oder Streiks der älteren Kollegen werden „auf Kosten der Lehrlinge“ gegeben, ganz wie es der Firma beliebt. Ausperrungen sollen sie die Jugend, wie es ihnen paßt, das Streikrecht soll jedoch für die Jugend nicht gelten. Ueber Ferien und genügende Kostgeldsätze Schweigen sich diese „moderneren“ Lehrverträge aus, bringen jedoch im Anhang noch all die Strafparagrafen der Gewerbeordnung, deren aufrechterhalten eine bis zu sechs Monaten dauernde Entschädigungspflicht zum ortsüblichen halben Gehilfensohn vorzählt, wenn ein Lehrling unbefugt oder vorzeitig ohne rechtlichen Grund das Verhältnis löst. Alle Rechte sind in diesen Verträgen den Unternehmern vorbehalten, eine Garantie für eine zweckmäßige Ausbildung wird nicht gegeben. Strafen und Prügel werden den Lehrlingen aber vorgeworfen. Das ist Unternehmerrückstuf in höchstem Maße — und haarsträubender Jugendraub im Jahre 1921.

Eltern und Jugendliche, verweigert einstimmig das Unterschreiben derartiger Schandverträge oder irgendwelcher Zusätze, die diese Verschlechterungen bringen.

Der Streik der Mineralwasserarbeiter beendet

In einer sehr stark besuchten Versammlung der freiziehenden Mineralwasserarbeiter der Sonnabend nachmittag stattfand, berichtete Lehmann vom Deutschen Transportarbeiter-Verband über Verhandlungen, die vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin unter Vorsitz eines Unparteiischen stattgefunden haben. Es kam hierbei

ein Vergleich zustande, daß familiäre Lohnsätze um 20 M. pro Woche mit Wirkung vom 1. Juni erhöht werden. Der Urlaub soll je nach Dauer der Tätigkeit um eine Woche verlängert werden. Im übrigen bleibt der alte Tarifvertrag in seiner bisherigen Fassung ein Jahr bestehen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die vier Streiktage müssen voll bezahlt werden.

Nach lebhafter Diskussion wurde in geheimer Abstimmung dem Vergleichsvorschlag zugestimmt, womit die Beendigung des Streiks beschlossen worden ist.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband

In der letzten Nummer des „Grundstein“, dem Organ der Bauarbeiter, finden wir folgende Feststellungen, die mit dem 2. Mai abgeschlossen:

Auch diesmal ergab unser Feststellungsergebnis einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im ganzen, in einigen Bezirken jedoch eine Zunahme. Auf je 100 der Mitgliederzahl betrug die gesamte Arbeitslosigkeit 4,65 gegenüber 5,13 am vorigen Jahrtage. Im Bezirk Königsberg hat dies Verhältnis von 15,9 auf 16,6 zugenommen, ebenso in Danzig von 11,9 auf 14,0, im Bezirk Frankfurt von 6,2 auf 6,3, im Bezirk Karlsruhe von 2,8 auf 2,4, im Bezirk Dortmund von 0,1 auf 0,2. Unverändert blieb die Arbeitslosigkeit in den Bezirken Bremen mit 3,4 und Erfurt mit 2,4 Mitgliederhundertsteln. In den übrigen Bezirken ging die Arbeitslosigkeit zurück. Im Bezirk Stuttgart ist wie im Königsberger Bezirk und in Danzig immer noch mehr als ein Zehntel der Mitglieder arbeitslos. Auf je 100 Mitglieder betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger 1,70, in der Vorwoche 1,92.

In Berlin haben alle 73 Vereine berichtet, die eine Mitgliederzahl von 45 001 aufweisen. In der Berichtswochen sind 722 Mitglieder unterstützt worden, während am Jahrtage 3865 Arbeitslose festgestellt wurden, die sich auf 7 Berufsgruppen verteilen.

Demnach ist der Stand der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht so ungünstig wie in vielen anderen Berufen.

Gewerkschaftsversammlungen

Gewerkschafts-Vollversammlungen und Bezirksversammlungen aller Branchen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Montag, den 6. Juni, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Döberstr. 33-35, Zusammenkunft. Vortrag des Ref. J. J. Wir erlauben uns festzustellen. Die Tagesordnung: — **Kommunikationsleiter der Gliederbetriebe.** Dienstag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 8, Kommunikationsleitung.

Tagung der deutschen Bergarbeiter

k. Sieben, den 3. Juni 1921.

6. Verhandlungstag.

In der Debatte über die Arbeitsgemeinschaft kommen abwechselnd Redner für und gegen diese Institution zu Worte.

Die Befürworter machen sich die üblichen Argumente zu eigen und erklären, auch sie ständen den Arbeitsgemeinschaften abwartend gegenüber. Je nach den Verhältnissen würde man Stellung zu den Arbeitsgemeinschaften nehmen müssen.

Die Gegner der Arbeitsgemeinschaft führten aus, daß sie die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern nicht als ein geeignetes Mittel betrachten, die Interessen der Bergarbeiter wirksam wahrzunehmen. Ein gemeinsames Interessengebiet könne es niemals geben, weil die

Gegensätze des Klasseninteresses

dem stets entgegen ständen. Die Unternehmer hätten es geschickt verstanden, ihre eigenen Vorteile so wahrzunehmen, daß heute das kapitalistische System stärker und gefestigter als je zuvor dastünde. Das brutale Vorgehen der Bergunternehmer in der Kohlenindustrie sowie das stärkere Hervortreten des Herr-im-Hause-Standpunktes beweise sehr deutlich, daß nicht in der Klassenharmonie, sondern nur im schärfsten Kampf Vorteile erlangt werden könnten, die den Sieg des Sozialismus vorbereiteten. Sie begrüßten das Vorgehen anderer freier Gewerkschaften, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft vollzogen haben und verlangen, daß der Verbandsvorstand der Bergarbeiter bei der nächsten Konferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Antrag auf Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft stellt.

Hue führt aus, daß man die Frage der Arbeitsgemeinschaft nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten einstellen könne. Auch die Befürworter der Arbeitsgemeinschaft hätten an dieser Institution dieses auszuweichen. Wahr sei, daß die Unternehmer nicht so gern, aber vieles vergessen hätten. Notwendig sei, daß die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft hergestellt werde, das wäre vielleicht auch die Frage der Arbeitsgemeinschaft erledigt. Denn nur durch die Einheitsfront des schaffenden Proletariats Deutschlands könne man dazu kommen, daß die Arbeiterklasse als maßgebender ökonomischer Faktor den Ausschlag im deutschen Wirtschaftsleben gebe.

In einer Richtigstellung stellt Hue fest, daß entgegen der Angabe eines Oppositionsredners, die Reichswerke würden sich nicht rentieren und mit ungeheuren Defiziten arbeiten, gerade das Gegenteil der Fall sei.

Bei der Abstimmung über die Anträge, die zum Punkt Arbeitsgemeinschaft vorliegen, wird der Vorstandsresolution gegen 42 Stimmen zugestimmt, die u. a. besagt:

Die 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands betrachtet die Arbeitsgemeinschaften nach wie vor als ein geeignetes Mittel zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Berufsangehörigen. Unter Bestehen muß darauf gerichtet sein, die Arbeitsgemeinschaften zugunsten der Arbeitnehmer zu benutzen.

Die Generalversammlung hält die weitere Mitarbeit der Verbandsvorstände in den Arbeitsgemeinschaften mindestens solange für erforderlich, bis durch Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung öffentlich-rechtliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer geschaffen sind.

Hierauf nimmt der Verbandstag den Bericht über den Gewerkschaftskongress in Nürnberg, den Kamerad Feder-Gieken erstattet, entgegen. Den Bericht zum Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf gibt Andrejtsch. Zu dem Bericht vom Gewerkschaftskongress nimmt der Verbandstag einstimmig eine Resolution an, in der verlangt wird, daß auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses der Punkt

Industrieverband

gesetzt wird, da die Bergarbeiter auf dem Standpunkt stehen, daß die Bildung von Industrieverbänden unbedingt angeordnet werden muß.

Die Opposition weist darauf hin, daß in der Sozialisierungsfrage der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch neuerdings einen absehnenden Standpunkt einnimmt, während er doch auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf sich für die Sozialisierung ausgesprochen habe. Die Redner der Opposition verlangen, daß man auf Grund dieser neuesten Handlung Imbuschs ihn nicht mehr zu dem Internationalen Kongress hinzuzulassen. Sachs, Wilmann und Hue bitten den Verbandstag, von einer diesbezüglichen Beschlussfassung abzusehen, da sie von der Wandlung Imbuschs nichts wissen und auch den Gang der Dinge abwarten wollen.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung kommt es zur Abstimmung über einen Antrag, der die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die diktatorische Anordnungen von

Moskau mit Entschiedenheit ablehnt.

und verlangt, daß der Bergarbeiterverband an seinem freigewerkschaftlichen Grundjah unabdingbar Selbstständigkeit gegenüber allen parteipolitischen und religiösen Gruppen festhält. Die Entscheidung enthält weiter ein klares Bekenntnis zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Gegen 7 Stimmen findet eine weitere Entschiedenheit Annahme, daß Verbandsgelder des Bergarbeiterverbandes nicht für die

Kost Hilfe verwendet werden dürfen, und daß für diesen Zweck bereits verausgabte Verbandsgelder voll und ganz an die Hauptkasse abgeliefert werden müssen.

Den Höhepunkt bildet das Referat des Reichstagsabgeordneten Hue über:

Sozialisierungsfrage im Bergbau.

Hue betont eingangs seiner Rede, daß das Sozialisierungsproblem keine spezielle Bergarbeiterfrage sei, sondern eine Frage, die die Gesamtheit des Volkes berühre. Das Sozialisierungsproblem sei nicht nur für Deutschland von Bedeutung, sondern habe weltweite politische Bedeutung. Die in jüngster Zeit in unerhörtem Umfange auftretenden privatkapitalistischen Vertiefungsaktionen zwingen, die Übertragung der Kohlenmacht an eine gesetzlich bestimmte Vertretung des ganzen Volkes dringlicher zu fordern. Es gebe keinen anderen Weg, der zu beschleunigen wäre, um die Stabilisierung eines übermäßigen trustökonomischen Staates im Staate zu verhindern, durch welchen, wie auch zahlreiche nichtsozialistische Volkswirte schon vor dem Kriege anerkannt, das Volk in eine hilflose kapitalistische Weltklausur gebracht würde. Hue bespricht weiter die englische Nomenklatur des Sozialismus, der eine fröhliche Heftigkeit mit den deutschen Sozialisierungsvorschlägen habe. Weiter die Taktik der Kommunisten, deren hohe edle Ideale erst über den Sozialismus verwirklicht werden können und äußert sich über die Gewinnbeteiligung, Aktien und schließlich damit, indem er erklärt: Die Bergarbeiter wollen nicht brutales Soziales den humanen Menschheitsgedanken. Nicht Ausbeutung sozialistische Gemeinwirtschaft. Das sei das Ziel, wonach die deutsche sozialistische Arbeiterschaft strebe. (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Der Kongress tritt sodann in die Debatte über diese Tagesordnung ein.

Verbandstag der Angestellten

Freitag, den 3. Juni.

Verbandsvorsitzender Gieseler sprach über „Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaftsordnung“. Eine Debatte erfolgte nicht. Der Verbandstag nahm eine den Gieseler'schen Ausführungen entsprechende Resolution an, in der es heißt:

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten bekennt sich zur sozialistischen Wirtschaftsordnung,

deren Verwirklichung abhängig ist von der wirtschaftlichen Entwicklung. In diesem Umwandlungsprozess fällt den Angestellten eine ihrer besonderen Stellung im Wirtschaftsleben entsprechende bedeutungsvolle Aufgabe zu. Nur die Durchdringung der sozialistischen Wirtschaftsform ist die Erziehung der arbeitenden Klassen zu sozialistisch denkenden und fähigen Menschen. In dieser Erziehungsarbeit mitzuwirken, ist eine wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Jeder Versuch, die Arbeitnehmer durch Gewinnbeteiligung, Aktien etc. und dergl. über ihre Arbeitnehmerinteressen zu täuschen und sie unter Vorwärtung eines ansehnlichen Mitspraches von ihren eigentlichen Zielen abzulenken, muß entschieden zurückgewiesen werden.

Man referierte über „Industrieverband oder Angestelltenbewegung“. Er führte aus: Durch Industrieverbände würden die Angestelltenbewegungen nutzlos zerfallen, ihre Mitglieder in den einzelnen Industrieverbänden untergeben. Dadurch würde der geistige Zusammenhang zwischen den einzelnen Berufsgruppen der Angestellten zerstört, aber auch der Kampf gegen die in der Angestelltenbewegung noch bestehenden Harmonisierungsbestrebungen und unwirksam gemacht. Sowie für die dringend notwendige Kulturarbeit als auch für die Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten

und die Industrieverbände ungeeignet.

Der Verbandstag lehnt deshalb die Bildung von Industrieverbänden als für die Angestellten schädlich und unzuverlässig ab, doch sollen die einzelnen Angestellten- und Arbeitergewerkschaften, soweit sie sich organisatorisch nach Fachgruppen gliedern, dies nach einheitlichen Grundlinien tun, um ein gutes Zusammenarbeiten miteinander zu ermöglichen.

Den Vorschlägen einer vom Verbandstage eingesetzten Kommission über Satzungsänderungen der freiwilligen Pensionskasse und zu einem neuen Regulator für invalide werdende Verbandsgestellte wurde zugestimmt.

Ueber die Arbeitsgemeinschaften sprach Hausherr, der seinem Vortrage folgende Entschlüsse zugrunde legte:

„Die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften hat bewiesen, daß sie ihre Aufgabe, am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mitzuwirken, nicht erfüllen können. Sie waren insbesondere dazu berufen, die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft im Interesse der Allgemeinheit zu ermöglichen. Ferner haben die Unternehmer die Verpflichtungen des Abkommens vom 15. November 1918 nicht eingehalten. Sie begünstigen heute wiederum die wirtschaftsfeindlichen Bestrebungen, halten oft Tarifverträge nicht ein und erkennen Schiedsprüfung der Schlichtungsausschüsse nicht an. Die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenräte in den Betrieben wird von den Unternehmern mit allen Mitteln bekämpft, selbst die geringen Rechte aus dem Betriebsratsgesetz suchen sie einzuschränken. Aus diesen Gründen beantragt der Verbandstag den Verbandsvorstand, mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund ernst in Verbindung zu treten, um

den gemeinsamen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften zu bewirken. Der Verbandstag fordert aber weiter, daß mit Verschleppung die im § 165 Abs. 2 und 3 der Reichsverfassung vorgesehenen gesetzlichen Vertretungen der Arbeiter und Angestellten in Arbeiter- und Wirtschaftsämtern geschaffen werden, und ersucht den Verbandsvorstand, bei allen zuständigen Körperschaften auf Erledigung dieser Gesetzesarbeiten zu drängen.“

Diese Resolution wurde mit Mehrheit angenommen, wodurch ein Berliner Antrag, der sofortigen Austritt des F. d. A. aus den Arbeitsgemeinschaften verlangt, erledigt war.

Die Satzungsänderungen wurden in der Hauptsache nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt. Der Verbandstag findet alle zwei Jahre statt. Zum

Internationalen Angestelltenkongress

in Wien wurden außer Urban noch Gieseler, Hartz-König, Seifried-München, Ehrenrit-Hamburg, Ehn-Berlin, Lehmann-Dresden gewählt.

In den Verbandsbeiträgen wurden gewählt: Schröder, Hürpel, Scher, Krüger und Wolf-Berlin, Fischer und Botal-Hamburg, Kleinert-Rostock, Fleischmann-Königsberg, Menge-Kolberg, Böhner-Oldenburg, Rechner-Rheinland-Westfalen, Ruth-Plagwitz, Wegel-Gera, Geballe-Dresden, Lehmann-Dresden, Landgraf-Chemnitz, Köhler-Leipzig, Jaddach-Hannover, Köhlig-Köln, Wagner-Frankfurt, Kraiser-Mannheim, Fischer-Stuttgart, Fortner-Nürnberg, Vogel-München.

Die Vorstandsmitglieder, einschließlich der Redakteure, die Sitz und Stimme im Vorstand haben, wurden einstimmig wiedergewählt. Abschluß wurde der Verbandstag mit den üblichen Schlussworten und mit einem Hoch auf den F. d. A. geschlossen.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschulb
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beibehaltung der Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. ab.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14

Die jungen Adler

Von Gustaf af Geijerstam

Hoch dröben in den Bergen, wo der Wald noch hoch wächst und die Region der Inorizigen Birken gleich einer Matte aus Büschen den Schatz zu bilden scheint, wohnen die beiden Adler. In einer riesengroßen Tanne haben sie ihr Nest gebaut, und keines Menschen Tritts hat den Frieden in dem stillen Reich der Natur gestört, wo der Adler der König ist.

Der Beng Lam. Die Liebe stritt ihnen heißen, spielenden Kampf, und bald lag das Weibchen im Nest und brütete auf zwei großen Eiern, aus denen schließlich unförmliche, ferdernlose, alles andere als königliche, junge Vögel hervorkrochen, mit großen hakenförmigen Schnäbeln und starken, gelben Füßen.

Die Eltern streiften in der Nachbarschaft auf Jagd nach Wild zur Nahrung für die Jungen umher.

Es gelang ihnen, sich der Hasen und Schneehühner, der Hühner und kleinen Lämmer zu bemächtigen. Denn die jungen Adler sollten leben, leben während die Kleintiere sterben.

Es blieb still rings um die Adler, denn die Tiere des Waldes fürchten ihre Nachbarschaft. Lange muhten sie auf ihren breiten Schwingen dahinschweben, weit über die Höhen, hoch über die Behausungen der Menschen, und meilenlange Strecken Land verschwand unter ihnen, bevor sie einen Raub fanden. Aber sie flogen unermüdet fort, und die Hasen, Felle und Abfälle um den Fuß der Tanne zeugten von der Beute, die sie gefunden hatten.

Aber überall dringt der Mensch in das stille Heiligtum der Natur ein, wo die großen Streitigkeiten ausgekostet werden. Überall kommt er hin und mischt sich in den Kampf der Tiere und Pflanzen. Diesmal erschien der Mensch in der Gestalt von zwei munteren Bauernjungen, die auch auf Raub ausgingen und zu der großen Tanne gelangten, als die Adler gerade fort waren.

Sie gewahrten das Adlernest, und es war für sie nur das Werk einiger Minuten, dort hinaufzuklettern. Die jungen Adler waren schon groß und hatten Schnäbel und Klauen, um sich zu verteidigen. Die Klauen des einen jungen Adlers drang durch den Stiefel des größten Bauernjungen ein.

Da bekamen die Jungen Lust, sich zu rächen und sie hielten in übermütigem Trotz erst den einen Adler und dann den anderen aus dem Nest, hielten Pföde in ihre Schnäbel, banden Schnüre an die Pföde und knüpften die Enden derselben um den Nacken der Tiere fest. Dann trugen sie sie wieder ins Nest hinauf und gingen ihres Weges.

Die großen Adler kamen zurück. Das Weibchen trug ein kleines, blutendes Lamm in seinen Klauen. Aber die jungen Adler sprangen mit aufgesperrten Schnäbeln auf dem Rande des Nestes herum und rührten die Nahrung nicht an.

Wer ermüdet die instinktiven Elterngedächtnisse der Tiere, die Weite und Größe dieses Triebes, der die Entenmutter veranlaßt, sich dem Schuß des Jägers auszusetzen, der das Bärenweibchen dazu verlockt, einen vielmal stärkeren Feind anzugreifen, alles nur, um die Nachkommenschaft am Leben zu erhalten?

Die beiden Adler flogen wieder auf Raub aus. Unermüdet flogen sie umher. Sie schossen auf den leichtfüßigen Hasen herab, wenn er auf der freien Waldlichtung lag. Sie brachen dem Auerhahn das Genick, wenn er in der Morgensonne im Walde Nahrung suchte. Sie nahmen das Lamm auf dem Felde, den Hahn auf dem Misthaufen, selbst das Kienntierlein entging nicht ihren kräftigen Griffen.

Aber die jungen Adler rührten die Nahrung nicht an. Mit aufgesperrten Schnäbeln flatterten sie um den Rand des Nestes herum und fliegen unerkennbar, angstvolle Laute aus.

Die Adler sahen sie mitten in all dem Ueberflut hungern, der rings um den Fuß der Tanne lag, wohin sie ihn mit den Füßen hinabgestoßen hatten. Da breiteten sie ihre Schwingen aus und flogen zum Meere. Unter ihnen verschwand die hohe Berge mit ihrem weißen, glänzenden Schnee, der hohe Wald, der gleichsam in sich zusammenbrach und klein wurde, die großen Seen und die schäumenden Wasserfälle. Und das Land unter ihnen veränderte den Charakter, wurde milder und leichter. Grüne Felder ersetzten wie kleine Landseen zwischen den verschwindenden Bergen.

Sie erreichten das Meer, und sie tauchten, als wenn sie von dem Glauben getrieben würden, daß die Nahrung der Jungen nicht die rechte gewesen, in die schäumenden Wogen, in denen der grünlängende Hering sich in großen „Zügen“ drängte. Und sie lehrten mit dem feischen Fisch in ihren gewaltigen Klauen wieder über die Berge zurück. Denn die jungen Adler muhten leben, leben, während die Kleintiere sterben.

Viele Tage später kamen die munteren Bauernjungen wieder. Sie fanden das Vammfell, Federn und Vogelkörper, Hasen und ein junges, verwelendes Kienntierlein. Und mitten in diesem Haufen den feischen Hering, der von dem verzweifeltsten Fluge der Adler zum Meere Zeugnis ablegte.

Aber die Adler waren fort, und die munteren Bauernjungen nahmen ihre Jungen, schleppten sie mit sich nach Hause und setzten sie in einen Kist.

Es dauerte mehrere Tage, bis die alten Adler wiederkehrten. Als sie aber das Nest leer fanden, breiteten sie abermals ihre Schwingen aus und zogen sich weiter in die Wildnis zurück, wo Menschen nicht hingelangen konnten, und wo sie neue Junge unter dem hohen Himmel der Berge ruhig heranzüchten konnten.

Das Paradies von Bali

Die Sehnsucht nach der Natur, nach der Schönheit und Unschuld primitiver Zustände lebt in unserer Kultur besonders stark und läßt die Phantasie wie die Kunst nach jenen fernem Landen flüchten, wo der Mensch noch eng mit der Mutter Erde verbunden ist und heranblüht als ihr liebstes Kind. Ein solcher paradiesischer Erdsiedel ist die Insel Bali, die westlichste der Sundainseln, über deren Natur- und Menschenleben uns ein zweibändiges im Volkswang-Verlag zu Hagen erschienenen Prachtwerk unterrichtet. Der bekannte Kenner der Ostlichen Kunst, Dr. Karl Witk, hat sich mit dem Arzt Dr. G. Krause, der auf Bali gelebt hat, vereinigt und in einer Fülle von photographischen Aufnahmen eine lückenlose Anschauung von dem Gesamtbild der Insel mit ihren Menschen geboten. Was die reine Schönheit dieses Paradieses dem Europäer heute bedeutet, das hat Witk in seiner Einleitung mundernoll formuliert. „Die insulare Abgegrenztheit, die Fülle tropischer Sonne, gemildert von Wind und Kühle, die Fruchtbarkeit der vulkanischen Schlade, der physische Reichtum der malaischen Rasse, erhöht durch die Mischung mit dem kräftigen Hinduismus, die ursprüngliche Reinheit der menschlichen Veranlagung, die Ueberhöhung ihres seelischen Horizonts durch Berührung mit indonesianischer Kultur — all das bedeutet ein außerordentlich günstiges „Körpertemperament“ zum Lebenswachstum, zur Entfaltung und Blüte dieses Volkes. Der Bräutlichkeit tropischer Natur legt der balinesische Mensch seine Sanftmut, seinen Stolz und seinen Eifer entgegen. Seine Arbeit ist Kampf, der ihn wachhält. Denn diese Natur dringt übermächtig auf ihn ein. Wie ein Segel gegen Strom und Wind, so geht hier Haas und Pfug gegen den Strom des brandenden Wachstums. Aus Urwäldern unheimlicher Dichte, wie eine Feuersbrunst, wie ein Orkan von Zweigen, Stämmen, Wurzeln und Dicksicht — werden Gärten; aus Waldhängen wird ein ununterbrochenes Gefälle von Terrassen; aus der Ebene ein ungeheures Schachbrett mit spiegelnden Feldern. Aber diese Natur ist nachgiebig unter der stetigen Kraft des Menschen, vor diesem zähen Opfer der Arbeit; macht ihn nicht gebieterisch böse oder übermüdet, schwankend. Aber auch nur so weit geht hier die Arbeit und Belastung des Bodens, als der eigene Bedarf geht, als die Existenz der Familie, des Dorfes und des Fürsten es fordert; wird nicht zu Handel, Besitz, Bereicherung; nicht zur Brandstiftung, zum Lohnträger und Herrtentum. Den Naturgegebenheiten von Boden, Klima und Wachstum steht der Einzelne gegenüber wie einem unbezähmbar riesigen Koloss. So erwacht als eine Notwendigkeit — wie ein Bodenprodukt — die Gemeinschaft der Arbeit: im Offenhalten und Freilegen der Wege, im Roden der Wälder, im Anlegen des Bewässerungssystems für den Reisbau; die Gemeinschaft der Bedürfnisse: von Land für Familie, von Wasser für die Reisfelder, und die Gemeinschaft der Pflichten gegenüber den Göttern, ihren Lehnsheeren. Gemeinschaft in der Arbeit ist zugleich Organisation der Kräfte, ist Verteilung, Zumeßung. Diese Menschen sind

ebenso stark im freiwillig folgen Gehorchen, wie rein in der Verpflichtung des Gebietens, Ordnen und Schlichtens.“

So leben die Balinesen in bescheidenen, aber unendlich harmonischen Verhältnissen. Wie sie mahool sind inmitten der finnischen Blut der Atmosphäre, vor der Disziplin in der Grenzlosigkeit der Natur, so entfalten sie auch eine höchste Schönheit des Leibes und des Weltgefühls. Nach den Schilderungen Krauses erblicken sie in Menschen und Dingen denselben göttlichen Saft und Lebensstoff, der so fein und empfindungsvoll ist, daß man sich hüten muß, ihn zu erschrecken oder zu beleidigen; er entflieht dann und läßt die körperliche Hülle zurück. Das wirkt schon auf die Erziehung der Kinder ein. „Mit einem Kinde muß man, da seine Verbindung mit dem Körper besonders zart ist, besonders rücksichtsvoll sein. Es darf nie gestraft werden, in seiner Nähe darf kein hartes Wort fallen, nichts Anziemendes geschehen. Hat einmal eine Mutter — ein anderer wird das nie tun — ihrem Sprößling einen leichten Klaps gegeben, so eilt die ganze Familie voll Befürzung in den Haustempel, und reiche Opfergaben und Gebete versuchen, die beleidigte Seele des Kindes zu versöhnen und zum Bleiben auf dieser Erde zu bewegen. Nirgends auf der Welt sieht man Kinder so langsam, so lehrbegierig, so voll Vertrauen. Wo ist sonst noch ein Land, wo ohne Schulen fast jeder lesen und schreiben kann, wo Knaben Ornamente in den Sand oder auf die Mauern zeichnen, um die sie mancher, der sich bei uns ein Künstler nennt, beneiden würde, wo kleine Mädchen aus Postarblättern und Blumen den Schmuck flechten, ihre kleinen Opfergaben nach den Tempeln tragen und ebenso fromm hier beten können wie ihre wunderbaren Mütter? Ferner darf der Mensch auf Bali nicht zu heilig nach etwas verlangen, sonst folgt seine Seele keinen Gedanken, und er selbst bleibt unbefleckt zurück. Mit Tieren und Pflanzen spricht der Balier wie mit Menschen, und wenn sie nicht auf seine Gedanken eingehen, so entschuldigt er sie, daß ihr Seelenstoff augenblicklich zu wenig konzentriert anwesend ist. Ein Jüngling, der die Jaderpalme erklimmt, um ihren Saft zu zapfen, umarmt den Stamm zuvor als seine Braut und redet so zu ihr. Niemand hängt stärker an seinem Geburtsplatz wie der Balier. Alle Dewas, d. h. guten Geister, die sich eine menschliche Seele zum zeitweiligen Aufenthaltsort wählen, und mit deren Hilfe allein der Mensch zu guter und fruchtbringender Tat instand ist, können diese Seele nur dort wiederfinden, wo sie als Taurotzen vom Himmel herabgestiegen ist.“ So offenbar ist hier eine Einheit von Natur und Mensch, ein harmonisches Wähen und Reifen in höchster Schönheit, wie es dem zivilisierten Menschen längst verloren gegangen ist, und in den Bildern des Werkes entfaltet sich vor uns das Dasein eines asiatischen Volkes von unvergleichlichem Reiz.

Beethoven auf der Wohnungssuche. Sein ganzes Leben lang hat sich Beethoven auf der Wohnungssuche befunden. In den 35 Jahren, die er in Wien zubrachte, hat er mindestens 25mal die Wohnung gewechselt; dabei sind die vielen Landwohnungen, die er oft mehrmals in einem Sommer wechselte, nicht mitgezählt. So eifrig auch die Beethovenforscher tätig waren, so ist es ihnen doch nicht gelungen, alle Wohnungen aufzufinden, die der Meister in Wien inne gehabt hat. So weiß man z. B. nicht, wo er gerade vor hundert Jahren (1820-21) gewohnt hat. Von Ende 1821 bis 1822 hat er wahrscheinlich in der Landstraße gewohnt, wie 1817, allerdings in einem anderen Hause. Nur einmal ist er einige Jahre in einem Hause geblieben, von 1810 bis 1815, in der Ritzerskafel, wo er allerdings einen sehr guten Mietsherrn hatte, den Baron Pasquali, der so gutmütig war, daß er, wenn Beethoven im Kerger auszog, sagte: „Die Wohnung wird nicht vermietet, er kommt wieder.“ Beethoven war allerdings kein bequemer Mieter. Der Ruhelose brachte jedesmal das ganze Haus in Unruhe, und er wurde überall als „ein narrischer Musikant“ betrachtet. Kein Eigentümer wollte ihn mehr im Hause haben, weil man nicht bloß sein Klavier fürchtete, sondern auch vor ihm selbst zitterte. Er verlangte weder Grobheit noch allzu große Höflichkeit. Immer wollte er gegen die Eigentümer das Gesch anrufen, und stets brachte er mit der Polizei, wenn nicht mit höheren Instanzen. Als einmal in seiner Wohnung der Ramin rauchte, witterte er über die Regierung, die einen solchen Ramin duldet. So kam es, daß Beethoven all die Jahre in Wien umherwanderte und stets nach einer neuen Wohnung suchte. Kann man sich Beethoven, vor dem die Hauseigentümer zitterten, auf dem Wohnungsmarkt vorstellen? Und wie sollte er heute die Kosten für den Umzug erwingen können? Die ganze Barschaft, die er hinterließ, würde heute nicht für einen Umzug hinreichen.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Roman „Die Fackel“ von Upton Sinclair, Berlin 1919

(Fortsetzung.)

„Dies stimmt, doch hatte es Peter damals wenig genügt, denn Miriam hatte sich für Mac interessiert, für Mac, den gefährlichen Teufel, der Peter so viele sorgenvolle Stunden bereitet hatte. Damals hatte sie Peter von sich gestoßen, kaum seinen Worten gelauscht, jetzt wollte sie die Liebe, die sie einst verachtet hatte, ausnützen.“

Sie hatte keine Hand erfasst, er brachte es nicht übers Herz, sie roh fortzustößen. „Wenn Sie je für eine Frau einen Funken Liebe verspürt haben“, rief sie, „können Sie mir nicht diese kleine Bitte abschlagen — eine so kleine Bitte. Peter, bitte, den alten Zeiten zuliebe.“

Während Miriam Peter zusammen, und auch Miriam erschauerte. Von der Tür her erscholl eine Stimme. „Das ist also eine deiner Freundinnen?“ Auf der Schwelle stand Gladys, starr, steif vor Zorn, die kleinen Hände geballt. „Das ist also eine von deinen roten Geliebten, eine der nationalisiersten Frauen!“ Sie stampfte mit dem Fuß. „Stehen Sie auf, Sie Dirne, Sie Hure!“ Und da Miriam, halb betäubt, noch immer auf den Knien verharrte, stürzte Gladys auf sie los, packte sie bei den schwarzen Haaren, zerrte daran heftig, daß Miriam hinsiel. „Ich werde Sie lehren, Sie „Frei-Liebende“, werde Sie lehren, mit meinem Mann zu liebeln.“ Sie riß Miriam am Haar, fragte sie, ver setzte ihr Fußtritte, bis etliche der Spindel einschreiten mußten, um das Leben des Mädchens zu retten.

Gladys hatte Gladys vor ihrer Ehe von Peters schmählicher Vergangenheit erzählt, und sie hatte dies Peter mitgeteilt, hatte ihn unzählige Male daran erinnert. Der Anblick einer der „nationalisiersten“ Frauen hatte sie zur Raserei getrieben, und es währte eine Woche, ehe in der Familie Gubge der Friede wiederhergestellt war. In dieser Woche peitschten den armen Peter Gefühlstürme. Der erste rote Zug wurde zusammengestellt, und es war, als ob jeder

ausländische Rote, den Peter je gekannt hatte, ihn belagere, versuche, seine Seele und sein Gewissen aufzurütteln. Sadie Todds Cousins, die in England geboren war, wurde mit dem ersten Schiff verschifft, desgleichen ein finnischer Holzhändler, den Peter bei der J. W. Ws. gekannt hatte, ein böhmischer Zigarrenarbeiter, bei dem Peter bisweilen zu speisen gepflegt und schließlich Michael Dubin, der jüdische Bursche, mit dem Peter fünfzehn Tage im Gefängnis verbracht und der eines der Opfer der Prügelnacht gewesen war.

Michael jammerte furchtbar, weil er eine Frau und drei kleine Kinder hatte, auch behauptete er, die Spindel, die bei ihm Hausdurchsuchung gehalten, hätten seine Ersparnisse, dreihundert Dollars, gestohlen. Peter beharrte natürlich darauf, daß er nichts tun könne, Dubin sei ein Roter und ein Ausländer, müsse daher verschifft werden. Da die Roten einmüdig wurden, standen etwa fünfzig Frauen auf dem Bahnhof, darunter auch Frau Dubin, weinten und rangen die Hände, versuchten, die Wagen zu durchbrechen, um in die Nähe ihrer Lieben zu gelangen. Die Polizei mußte ihnen die Knüppel in den Bauch stoßen, um sie zurückzutreiben. Trotz der Wachsamkeit der Polizisten gelang es der hysterischen Frau Dubin, die Reihen zu durchbrechen. Sie warf sich unter die Räder des Zuges, konnte nur mit Mühe gerettet werden. Derartige Szenen hätten natürlich bei dem Publikum einen schlechten Eindruck hervorgerufen können, deshalb telephonierte Guffey alle Redakteure der Stadt an und ließ sich von ihnen das Ehrenwort geben, daß keine der Zeitungen Details bringen würde.

Durch das ganze Land rollten die roten Züge, beladen mit J. W. Ws., Kommunisten, Pazifisten, Anarchisten und hundertlei Arten der Bolschewiki. Sie wurden auf ein Schiff geladen und nach Rußland geschickt. Das Schiff erhielt den Beinamen die „rote Arche“, und rote Redner erhoben ein fürchterliches Geschrei, ein roter Geistlicher wagte es sogar, das Schiff mit der „Raspilower“ zu vergleichen, die die ersten Puritaner aus England nach Amerika gebracht hatte. Auch gab es in Washington einige rote Staatsbeamte, die Schwierigkeiten bereiteten, eine ganze Anzahl Deportationsbefehle für ungültig erklärten, unter denen sich auch etliche von Peters Fällen befanden. Natürlich reizte

dies Peter und dessen Frau. Bald darauf ereignete sich etwas noch weit Unangenehmeres.

In American-City wurde ein „rosa“ Massenmeeting abgehalten, um gegen die Deportationen zu protestieren. Guffey erklärte, das Meeting würde wahrscheinlich gestört werden, Peter müsse mitkommen, um den Detektiven die roten zu zeigen. Die Angelegenheit war der Leitung eines Polizeidetektivs namens Garrity anvertraut worden, der herzlich wenig wußte und sich stets bei Peter Rat holte. Er bat Peter, mit ihm auf die Rednertribüne zu kommen, und Peter willigte ein. Eine ungeheure Zuhörerzahl hatte sich versammelt, — die ganze, seit Monaten hinweggewirkte rote Mut brandete auf. Es gab Redner, gut gekleidete, anscheinend respektable Männer, die sich in nichts von den herrschenden Klassen des Landes unterschieden, die auf der Tribüne hochherrliche Ausprüche taten, die Regierung anklagten, die Blockade gegen Rußland verdamnten, die bolschewistische Regierung Rußlands priesen und erklärten, die Leute, die in der „Sowjet-Arche“ das Land verlassen hatten, seien glücklich zu nennen, denn sie flohen aus einem Land der Tyrannei in ein Land der Freiheit. Heftiger Beifall unterbrach jeden zweiten oder dritten Satz des Redners.

Wie sollte sich ein armer irischer katholischer Detektiv hier rechtfertigen? Da behauptete ein Redner: „Sobald eine Regierungsform diese Ziele bedroht, ist es das Recht des Volkes, sie zu ändern oder zu zerstören, eine neue Regierung einzuführen, die derart organisiert ist, auf derartigen Prinzipien fußt, daß sie das Glück und die Sicherheit des Volkes fördert.“ Garrity wandte sich Peter zu. „Was halten Sie davon?“ fragte er, und sein gutmütiges irisches Gesicht deutete ganz leer vor lauter Unverständnis.

Peter meinte, dies überschreite die Grenze, er mußte, Tausende von Leuten, die weit weniger gefährliche Dinge ausgesprochen hatten, waren ins Gefängnis geworfen worden. Peter wußte aus den Instruktionen des Generalsstaatsanwalts der Vereinigten Staaten, dies seien Dinge, die unter keinen Umständen gesagt, geschrieben, ja nicht einmal gedacht werden dürften. Daher sprach er zu Garrity: „Der Kerl hat genug gesagt, man muß ihn verhaften.“ Garrity redete mit seinen Leuten, sie sprangen auf die Tribüne, verhafteten den Redner sowie alle anderen Redner und räumten den Saal.

(Fortsetzung folgt.)

HERMANN TIETZ

Damenwäsche

Damenhemden feiner Stoff, mit guter Stickerei	29 ⁵⁰
Damen-Beinkleider Kleiderform, mit Stickerei-Ein- und -Ansatz	29 ⁵⁰
Untertaillen aus gestricktem Batist, mit Spitzen	19 ⁵⁰
Prinzessröcke gültzende Form, mit breiter Stickerei	75 ⁰⁰

Badewäsche

Badehandtücher guter weisser Frotteestoff, 53x100 cm	16 ⁹⁰
Badelaken für Kinder, guter weisser Krätzelstoff, 80x100 cm	34 ⁵⁰
Gummi-Badekappen feine Ausführung	29 ⁵⁰
Badeschuhe aus Leinen, Seile und Seide in grosser Auswahl	

Korsette

Korsette gestreifter Stoff, mit Langette	16 ⁵⁰
Korsette aus jedem weissen Stoff, mit Zwirkel-Stickerei, 1 Paar Halter, waschbare Einlage	45 ⁰⁰
Backfisch-Korsette gültzende Form	29 ⁵⁰
Korsette aus grauem Dreif, mit breiter Schliese und Langette	45 ⁰⁰

Strümpfe u. Trikotagen

Damenstrümpfe Baumwolle gewebt, schwarz und farbig	5 ⁵⁰ 8 ⁵⁰
Damenstrümpfe Baumwolle gewebt, feine Qualität, schwarz und farbig	12 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Damenstrümpfe Flor gewebt, extra fein, schwarz und farbig	21 ⁵⁰ 29 ⁷⁵
Herrensocken Baumwolle gewebt, farbig	5 ⁹⁰ 7 ⁵⁰
Herrensocken Baumwolle gewebt, feinfarbig	9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
Kinderstrümpfe Baumwolle, 1x1 gestrickt, schwarz, Grösse 3 bis 11	9 ⁷⁵ bis 16 ⁵⁰
Herren-Beinkleider makofarbig, alle Grössen	27 ⁵⁰
Herrenhemden makofarbig, alle Grössen	31 ⁵⁰
Herrenhemden mit farbigem Einsatz, alle Grössen	42 ⁰⁰
Damenhemdchen Baumwolle, weiss, ohne Arm	16 ⁵⁰
Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, farbig	19 ⁷⁵
Damen-Hemdchsen Baumwolle, weiss, ohne Arm	21 ⁵⁰

Damenkleidung

Wasch-Kleiderröcke	49 ⁰⁰
Frotté-Kittelkleid gestreift oder kariert	250 ⁰⁰
Frotté-Kittelkleid imprägniert	195 ⁰⁰
Reisemäntel imprägniert	245 ⁰⁰ 290 ⁰⁰

Blusen

Kimono-Bluse aus farbig bedruckten und einfarbigen Wäschstoffen	17 ⁵⁰
Weisse Voile-Bluse jugendliche Form, mit lockerer Garnierung	29 ⁵⁰
Weisse Voll-Voile-Bluse mit bunter Stickerei, Ausschnitt und Aermel behäkelt	36 ⁵⁰
Weisse Voile-Bluse hochmoderne Jabelform, mit schönen Einätzen	46 ⁵⁰
Voll-Voile-Bluse dunkel gemustert, aparte Dessins	59 ⁵⁰
Weisse Voll-Voile-Bluse mit grossem Klappen-Revers, reich mit Hohlsaum	79 ⁵⁰

Wasch - Unterröcke

aus gestreiften Stoffen, mit
flotten Ansätzen..... 29⁵⁰ 39⁵⁰

Amerikanische Herrenstiefel schwarz la Chevreaux, mit und ohne Derby, randgenäht, beste Verarbeitung **217⁵⁰**

Soeben erschien! Soeben erschien!

KARL RADEK

Die auswärtige Politik Sowjet-Russlands

Aus dem Inhalte:

Auf dem Wege zur Oktoberrevolution — Brest-Litowsk — Zwischen dem englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Imperialismus — Vor einem neuen Brest-Litowsk — Der Arbeiterstaat und das kapitalistische Staatensystem — Der Weg der russischen proletarischen Revolution — Die Niederlage Koltshaks, Judenitschs und Denikins — Die Verhandlungen mit England — Die Bilanz der Entente-Politik — Die Aussichten der Revolution in Mitteleuropa und im nahen Osten

83 Seiten — Preis Mark 2.50 (geb. Mark 5.—)

Schlafzimmer

eichenes, komplett 2650,—
weisses, 2000,—, Herren-
zimmer, randgenäht, bis
hinreichend 4000,—, Speise-
zimmer, sehr gute Qualität
rund 4000,—, wahlweise
Ganzbetten 1200,— Mark.

Viele Gelegenheitskäufe
in schweren Zimmer-
einrichtungen und Einzel-
möbeln zu enorm billigen Preisen.

Hans Lennert

Lothringer Str. 55
am Rosenhain Platz.



Laufdecken 40, 60, 80 cm
Luftschläuche 10, 15, 20 cm.
Verfand nach auswärts
Eugen Schmidt, Bin. Bedfr. 13

Seifenhändler

decken ihren
Bedarf
zu
konkurrenzlosen
billigen
Tagespreisen

in allen Sorten la
Kernseifen, Toilette-
seifen, Badeseifen
Syl-Persil

Seifen-Engros
Lothringer Str. 38
am Casino-Theater

Gänsefedern

Hilffeder, auch
ungerissen, aus
erster Hand.
Paul Paegelow
Wlizen 15 04 Br.

Möbel

Jeder Ort bei
kleiner Anzahlung
und
bequem. Abschlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28
Nur 1 Treppe
Günstige Diskretion!

PLATIN
Gold Silber
alle Uhren, Chronometer, Kontakte usw.
Infolge erhalt. Verbindung kann ich — wie 1918/20 — er-
kloßige Preise zahlen! — Stoffe in alle Bahrgüter.
Berlin 5., Eisdreieckstr. 17 pt., Ecke Neuenhagenstr.

Trauringe

zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 900 getempelt 75 M.,
1 Trauring 55 65
1 Trauring 333 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfüge.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Brunnenstraße 41.
Kontor und Verkaufsräume oben 1 Treppe.



Für den
Hochsommer:
3
enorm billige
Kleider

Kleid **98,-**
aus feinem gestreif-
ten Voile mit Hohl-
saum u. Samtband-
gürtel

Kleid **148,-**
aus gutem bestick-
ten Voll-Voile, reich
mit Hohlsaum gar-
nirt

Kleid **298,-**
(wie Zeichnung)
aus bestem Vollvoile
in weiss u. farbig mit
ausserordentlich
reicher eleganter
Durchbruchstickerei

Maassen

Oranienstr. 165
(Am Oranienplatz) Leipzig Str. 42
(Ecke Markgrafenstr.)

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

In dieser Woche Seltene Gelegenheitskäufe!

Fesche Waschkleider	89.—
Sport-Trikot-Jacken	41.—
Phantasie-Sportjacken Wolle	165.—
Kunstseide	165.— 200.— 250.—
Seidenglanz-Popelinemäntel	169.—
Impr. Seidenmäntel	248.—
Gummimäntel für Damen	306.—
Mantelkleider	270.—
Sportröcke	48.—
Covercoatmäntel	250.— 375.—
Pa. Regenschirmseidene-Mäntel	351.— 498.—
Gummimäntel für Herren	325.— 479.—
Modell-Krستمه	356.— 596.—
Seidenröcke	159.— 256.—

Jetzt verkaufen wir!
Echte Pelzmäntel 2800, 3500, 4300; Plüsch-
mäntel 750, Sealplüsch 1995; Astrachan-
mäntel 300, 450; Krimmermäntel 775, 990

Westmann

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Groß-Berlin

Hundstage

Wenn das Thermometer bei uns auf 25 bis 30 Grad Wärme (Celsius) steigt, dann stellt sich in unseren Breitengraden die — laute Gurtenzeit mit ihren logenannanten Hundstagen im Gefolge ein. Aber ist es denn bei uns gar so heiß? Wie sieht es denn in dieser Beziehung in anderen Großstädten aus? Wir wollen gar nicht die am Äquator liegenden Gegenden ins Auge fassen, sondern nur Städte berücksichtigen, wie etwa New York, Chicago. In diesen treten noch ganz andere Temperaturen im Hochsommer wie bei uns auf. Ein solch amerikanischer Durchschnittsommer wiegt drei europäische auf.

Das Klima drüben ist teilweise tropisch, die Hitze ist feucht, so daß man richtiggehend nach Luft „lappst“. Selbst bei ruhigem Sitzen transpiriert der Körper im starken Maße. Die oft einsetzenden tagelangen Hitzewellen sind unerträglich. Wenn man bedenkt, daß die Temperatur drüben bis zu 90 Grad Fahrenheit (in Amerika gehts nach Fahrenheit) und darüber steigt, so gewinnt man noch lange keine Vorstellung von der herrschenden Hitze. Da die Häuser leicht gebaut sind, so ist es in vielen Wohnungen nicht auszuhalten. In dieser Zeit sind dann alle Parks und öffentlichen Anlagen freigegeben, und Tausende übernachten im Freien auf Rasen und Bänken. Bierschank wird auf den flachen Dächern geschlafen. Der patrouillierende Schutzmann paßt dann nur auf eventuelle Fledderer auf. Um diese Zeit treten dann auch massenhaft die Mücken auf, die jedem das Leben vergällen. Überall müssen die Fenster, Veranden usw. mit dichtmaschigen Drahtnetzen versehen werden. Vor Verzweiflung über diese Plagegeister klemmt mancher Nichtraucher Zigaretten zwischen die Zähne.

Eine besonderes „Bergnügen“ ist die Wasserversorgung. Sobald es heiß wird, werden überall vom Gesundheitsamt Plakate angehängt, die empfehlen, das Wasser vor dem Genuß abzukochen, da es ungesund ist. Zudem herrscht oft Wassermangel in den großen Städten (New York soll bald eine Hochquellenwasserleitung aus dem Gebirge bekommen). Wenn in den unteren Stockwerken der Wasserhahn offen ist, gibt es im dritten oder vierten Stockwerk kein Wasser. Als Behelfsmittel ist deshalb in jeder Küche eine kleine Handpumpe angebracht. Das gefachte Wasser wird in Flaschen gefüllt und auf Eis gelegt. Die ärmste Familie muß drüben einen Eisschrank haben und tagtäglich im Sommer Eis konsumieren, sonst könnte man Erwatzen nicht aufbewahren, es ginge sofort alles in Faulnis über. Das Eisgeschäft ist drüben übrigens in den Händen eines Trusts, der die Preise diktiert. Preisserhöhungen des Eises wirken drüben oft schwerer wie bei uns die Verteuerung von notwendigen Nahrungsmitteln.

Die Hitze steigert ungeheuer die Sterbefälle bei Menschen wie auch bei Tieren. Hitzschläge treten massenhaft auf. Jedes Jahr springen im Sommer von den großen Brooklyn Brücken, die einen Meeresarm überqueren und so hoch über dem Wasserspiegel liegen, daß Hochsechshilfe mit ihren hohen Masten durchfahren können, Menschen ins Wasser hinunter. Tag und Nacht sind deshalb diese Brücken besetzt.

Bei großer Hitze kann man kaum essen. Sehr viel Obst und Gemüse wird konsumiert, auf allen Straßen stehen Händler mit Nischenbörstchen, die eisgetränkte Limonade verkaufen. Andere halten auf Eis gekühlte Ananasscheiben feil. Eis-Soda, Eis-Tea usw. wird massenhaft verteilt. Durch die Hitze wird der Straßenall so weich, daß man vermeint, auf einem Teppich zu gehen. Pflaster wird in wenigen Tagen so ruiniert, daß es teilweise ganz erneuert werden muß. Männlein wie Weiblein tragen im heißesten Sommer teilweise diese Unterwäsche, sonst kämen sie aus der „Kittschnäse“ nicht heraus und wären arbeitsunfähig.

Gegenüber dieser amerikanischen „Höllenshitze“ sind unsere Hundstage eine angenehme Abkühlung, um die uns die Amerikaner beneiden.

Eine Episode aus dem Kapp-Putsch!

Wie vorsichtig die Gerichte die Aussagen von Zeugen bewerten müssen, zeigte sich wieder in einer Schwurgerichtssitzung, die am Mittwoch und Donnerstag beim Landgericht II in Berlin stattfand. Wegen versuchten Mordes und Aufruhrs war der Elektromonteur Herald Gustav angeklagt. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Boenheim. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am 15. März 1920, dem Tage des Kapp-Putsches, fand in Friedenau in der Kaiserallee ein Zusammenstoß zwischen einer erregten Volksmenge und einigen Eipolizisten statt. Bei dem Zusammenstoß wurde von seiten der Sippe eine Handgranate geschleudert, die einen unbeteiligten Fußgänger traf und ihm so schwere Verletzungen am Arm beibrachte, daß er seitdem Krüppel ist. Von seiten der Menge wurde das Verleihen der Handgranate mit Pistolenküssen erwidert, ein Sicherheitspolizist wurde dabei verwundet.

Die Anklage warf dem Angeklagten vor, daß er einer der Pistolenküssen gewesen sei, der auf die Sippe geschossen habe. Während ein als Zeuge vernommener Oberwachmeister nur behauptete, daß er den Angeklagten unter der Menschenmenge gesehen habe, behauptete ein Zeuge, ein Kapitänleutnant a. D. der Marine, daß er mit voller Bestimmtheit von seinem Balkon in der Kaiserallee aus in dem Pistolenküssen den Angeklagten erkannt habe. Der Angeklagte bestritt, in der Kaiserallee gewesen zu sein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Boenheim, hatte einen umfangreichen Alibibeweis dafür angetreten, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat sich überhaupt nicht auf der Straße, sondern in der Wohnung einer ihm befreundeten Familie befunden habe. Trotzdem die vernommenen Alibizeugen übereinstimmend die Angaben des Angeklagten bestätigten, hielt der Staatsanwalt die Anklage wegen versuchten Mordes und Aufruhrs aufrecht und bat die Geschworenen, die Schuldfragen zu bejahen. Der Verteidiger wies demgegenüber in seinem Plädoyer darauf hin, daß der ganze Zusammenstoß überhaupt nur durch die Schuld der Sippe entstanden sei. Die Pistolenküsse seien nur die Antwort auf das völlig unmitotierte Verfehlen der Handgranate gewesen, durch die ein blühendes Menschenleben vernichtet sei. Er wandte sich scharf dagegen, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft bei den Alibizeugen jeden kleinen Widerspruch in den Aussagen registrierte und den Entlastungszeugen Unglaubwürdigkeit vorwarf, während er alle Widersprüche in den Aussagen der Belastungszeugen für unerheblich hielt. Die Beweisaufnahme hätte, wenn man ihr nicht Gewalt antue, einwandfrei ergeben, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat nicht auf der Straße gewesen sei.

Gemäß dem Antrag des Verteidigers verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Gerade dies freisprechende Urteil ist ein Beweis, wie ungeheuer leicht ein Unschuldiger durch leichtfertige Aussagen von Zeugen ins Zuchthaus gebracht werden kann. In den Prozessen vor den Sondergerichten sind unzählige Male Angeklagte, die ihre Unschuld unangefochten bezeugten, auf Grund der Aussage auch nur eines Zeugen zu den härtesten Strafen verurteilt worden. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß vor Gericht ein Menschenschild oft von der Aussage eines einzigen Zeugen, der doch zum mindesten dem Jertum unterworfen ist, abhängt.

Schwere Uebergriffe der Schupo

Der Name „Schupo“ ist bekanntlich eine Abkürzung für Schutzpolizei, und in diesem Wort ist doch sonst enthalten, daß ein jeder annehmen kann, die Polizei ist ein Organ, das zum Schutze des Publikums geschaffen ist, gegen unerlaubte Uebergriffe der Rowdies und sonstigen Verbrechermwelt. Aber weiter soll die „Schutzpolizei“ den Verkehr auf den Straßen erleichtern, sie soll Auskünfte erteilen, vor allem soll sie gegenüber dem Publikum ein sehr höfliches und freundliches Benehmen an den Tag legen, um so ein vertrauensvolles Band zwischen Schutzpolizei und Publikum herzustellen. Aber gerade das letztere geht der „Schupo“ vollständig ab und zeigt auch, daß nicht jeder erste und beste geeignete ist, bei der Schutzpolizei Dienst zu tun. Ganz besondere Charaktere sind dazu nur fähig, vor allem solche Leute, die das Lebensschicksal in seiner ganzen Auswirkung kennen.

Auf diese Eigenschaften wird aber leider bei der „Schupo“ sehr wenig Wert gelegt, und weil dem so ist, hören die Klagen nicht auf, die täglich bei uns eingeht und die geeignet sind, die Schutzpolizei immer mehr in Mißkredit, namentlich bei der Arbeiterschaft zu bringen. Hierin Abhilfe u schaffen, muß eine der wichtigsten Aufgaben der maßgebenden Behörden sein.

Auch am Freitag hat sich wieder ein derartiger Fall zugetragen, der eine große Erregung nach sich zog und inzwischen der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist. Uns wird darüber folgendes berichtet:

„In der Königgräber Straße werden seit einigen Tagen die Straßenhändler in der übelsten Weise von der Schupo schikaniert. Als am Freitag, nachmittags gegen 1/2 Uhr, die Frau des Straßenhändlers Nathan Gottlieb mit ihrem Wagen zwischen der Köthener und Dessauer Straße hielt, um ihre Ware (es waren Hosen) feilzubieten, trat der Polizeiwachmeister Rambusch, ein Häne von Gestalt, auf die Frau zu und forderte sie auf, ihren Platz zu wechseln. Die Frau hat in anständiger Weise, einen Augenblick warten zu dürfen, da ihr Mann jeden Augenblick kommen müsse; als dieser im nächsten Moment erschien, trat gleichzeitig auch ein Kunde an den Wagen. Als der Schupobeamte nunmehr erneut die Aufforderung zum Platzwechseln an den G. richtete, sagte dieser, er wolle noch den Kunden bedienen; auch das paßte dem Schupomann nicht. Als nunmehr der Aufforderung, den Platz zu wechseln, nicht sofort Folge geleistet wurde, wurde ein in nächster Nähe haltender Wagen der Schutzpolizei herangerufen (der dort für besondere Fälle stationiert zu sein scheint. D. Red.) und die Verhaftung des Straßenhändlers sollte vor sich geben; als dieser aber erst den wahren Grund wissen wollte, wurde ihm mitgeteilt, weil er dem Befehl nicht sofort Folge gegeben habe; darauf wurde G. (welcher 100 Prozent kriegsbeschädigt ist und nur einen Arm hat) von dem Schupobeamten vor die Brust gefaßt, so daß er zusammenbrach; als seine Ehefrau ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde auch diese von demselben Beamten ins Gesicht geschlagen, so daß sie mehrere Schritte jurücktaumelte. Dieser

Vorgang wiederholte sich zweimal. Mit Hilfe eines zweiten Beamten war G. inzwischen in den Wagen geworfen. Auf der Fahrt zum zuständigen Richter wurde dieser von einem zahlreichen Publikum begleitet; als G. diesem zeigen wollte, daß er ein Kriegskrüppel ist, wurde er wieder geschlagen, und der Wagen setzte sich in Trab, um den Augen des Publikums zu entkommen, nach dem Revier in der Wilhelmstr. 31. Auch hier, beim Abladen, ließ man den Kriegsbeschädigten wieder zur Erde fallen. Mittlerweile hatte sich auch das Publikum angesammelt, welches nunmehr in ganz energischer Weise verlangte, daß der so arg Mißhandelte sofort wieder freigelassen wird, was innerhalb einer halben Stunde geschah.“

Dieses der Vorgang, der uns von einer Anzahl Augenzeugen bestätigt wird und der, wie oben gesagt, inzwischen der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist. Wir verlangen aber darüber hinaus, daß der betreffende Wachmeister Emil Rambusch sofort von seinem Dienst entfernt wird, denn er scheint uns der allerungeeignetste Mann für den Polizeidienst zu sein. Weiter ist aber nötig, daß den Polizeibeamten eine gründliche Unterweisung im Verkehr mit dem Publikum gegeben wird. Mit aller Entschiedenheit verlangen wir aber, daß die Straßenhändler nicht als Feindbild einer Schutzpolizei angesehen werden, die sich aus Stützen des alten Militärstaates zusammensetzt. Die Straßenhändler sind zu meist Kriegsbeschädigte und Arbeitslose, die lediglich ihrer Existenz wegen den Handel betreiben, die aber selbst untereinander organisiert sind und jeden Wucher bekämpfen.

Notwehr oder Totschlag

In unserer Sonnabend-Morgenausgabe veröffentlichten wir einen Polizeibericht, in dem mitgeteilt wurde, daß zwei Einbrecher niedergeschossen seien. Wir knüpften an diese Darstellung unsere Zweifel und forderten eine genaue Nachprüfung. Diese Forderung ist nun zu berechtigt gewesen. Wie wir nachträglich festgestellt haben, handelt es sich nicht um einen Beamten der Schupo, sondern um einen Dienstfuhrer der Kriminalpolizei. Von Zeugen wird uns mitgeteilt, daß die Behauptung, daß es sich um Einbrecher handelt, unzutreffend sei. Die beiden Angehossenen waren auf dem Wege nach ihrer Wohnung und hatten unterwegs eine Plünderung mit einem Basanten. Dieser bedrohte sie sofort mit einem Revolver. Auf ihre Aufforderung, die Waffe auf der Polizeiwache abzuliefern, sei der Revolverheld davongelaufen und habe dann, als er eingeholt wurde, ohne weitere Aufforderung geschossen und beide niedergestreckt. Also liegt nach dieser Darstellung nicht mal Notwehr vor. Es ist anzunehmen, daß inzwischen eine Untersuchung eingeleitet ist, damit der Schuldige zur Verantwortung gezogen wird. Bisher haben die Angehörigen allerdings noch nicht die Stelle finden können, die sich für die Annahme der Beschwerde zuständig erklärt hätte. Durch einen Strafantrag wird das Verfahren hoffentlich schneller in Gang kommen.

Die Langeweile bei der Reichswehr!

In Spandau besteht seit Jahrhunderten die Zitabelle, welche den bekannten Julius zum zu ihren Eigenheiten zählt, barg doch dieser bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 den bekannten Reichskriegsschatz von 120 Millionen Goldmark. Bis 1914 war diese Zitabelle jedenfalls ein gewichtiger Bestandteil des alten militärischen Staates. Man sollte nun meinen, daß sie inzwischen, nachdem an geblüch der alte Militärstaat gestürzt, an Bedeutung verloren hätte. Dem ist nicht so.

In früherer Zeit befand sich in den Gebäuden auch gleichzeitig die Wohnung des gegenwärtigen Stadtkommandanten. Der letzte dieser Art war der latillam bekannte Kapittel Generalmajor Sirempel, der, nach Erledigung des Kapp-Putsches, aufkehlend wie so viele andere die Treue heraufgeholt ist. Wie bei allen Kapiteln, so war auch vor der Zitabelle ein Posten aufgestellt, der sich im Hin- und Hergehen die Langeweile vertreibt. Wenn man nun glaubt, es sei heute anders, so irrt man auch hier gewaltig. Zwar sind keine 120 Millionen Goldmark mehr zu bewachen, die sind bekanntlich während des Krieges verpulvert worden, aber ein leibhaftiger Kapittel ist zu beschützen, und da nun einmal bei der Reichswehr sehr viel Zeit und auch überflüssige Leute sind, ist es notwendig, um sie zu beschäftigen, daß man gleich zwei Posten ausstellt, und diese gleich bis zum eisernen Torgritter vorschickt.

So stehen da zwei Reichswehrsoldaten in dem bekannten Kriegshelm und halten getreulich Wacht, daß dem Generalmajor Sirempel kein Haar gekrümmt wird. Und das geschieht in der „freiesten Republik der Welt“, genannt Deutschland!

Zwangsmassnahmen gegen Lazarettinsassen

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten erhalten wir folgende Zuschrift:

Seit längerer Zeit bestehen im Verlorungsstrankehous Schloß Charlottenburg Differenzen, weil angeblich eine Anzahl Lazarettinsassen sich der Hausordnung nicht gefügt und sich auch sonstige Uebergriffe erlaubt haben sollen. Dieser Vorgang hatte zur Folge, daß das Hauptverorgungsamt Berlin die Verlegung dieser „Unruhstiller“ für angezeigt hielt.

Im Verlorungsstrankehous Schloß Charlottenburg befinden sich etwa 260 Kriegsbeschädigte, meist Amputierte. Bereits mehrere Male bestand die Gefahr der Schließung des Lazarett, was aber immer wieder verhindert werden konnte. Der Vorgang

Stillier Billig und gut

- Damen-Leinenschuhe 48⁵⁰
- Damen-Leinenschuhe 72⁵⁰
- Damen-Spangenschuhe 88⁵⁰
- Damen-Halbschuhe 128⁵⁰
- Damen-Halbschuhe 135⁰⁰
- Damen-Halbschuhe 148⁵⁰
- Damen-Halbschuhe 185⁰⁰
- Damen-Halbschuhe 195⁰⁰
- Knaben-Schnürstiefel 195⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel 128⁵⁰
- Herren-Schnürstiefel 168⁵⁰
- Herren-Schnürstiefel 225⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel 245⁰⁰
- Herren-Halbschuhe 195⁰⁰
- Herren-Halbschuhe 248⁵⁰
- Herren-Halbschuhe 275⁰⁰

Gummi-Mäntel

- Gummi-Mäntel aus einfarbigen, glatten Stoffen in moderner Schöpf- od. Raglanverarbeit. M. 850.-, 435.-
- Gummi-Mäntel aus Cover coat od. Homoson-Oberstoff; in Sport- od. bequem. Schöpferform M. 750.-, 700.-
- Gummi-Mäntel aus Doublestoff, außergewöhnlich haltbar. M. 850.-, 700.-
- Gabardine-Mäntel aus rinvollenen Stoffen, modern verarbeitet. M. 900.-

- Sommer-Anzüge in wundervollen hellen Farbenstellungen, nach den neuesten Modellen hergestellt. M. 1200.-, 990.-, 700.-
- Reise-Ulster u. Schlüpfer aus moderner Homospunstoffen M. 900.-, 800.-, 700.-
- Ferien-Anzüge für Knaben und Jünglinge aus dauerhaften Stoffen. M. 84.-
- Wasch-Anzüge, Lüster-Jackets, Sommerjoppen u. -Hosen



BaerSohn
 In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen
 nur Chausseestrasse 29-30
 In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Beachtenswert!

Der in allen Abteilungen meines Hauses vorgenommene **grosse Preisabbau**

Beispielsweise! Deutsche Teppiche

moderne Muster, reine Ware

Größe ca. 130-200	M. 167,50
" 140-230	" 207,50
" 195-300	" 325,-

in buntpersischen Mustern.

Größe ca. 160-235	M. 287,50
" 190-300	" 435,-
" 240-340	" 675,-

Eine große Anzahl mit Teppiche Fehlern!

Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- und Diwanddecken, Tüllbettdecken, Steppdecken, Treppenläufer.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin-Süd. Seit 1882

Oranienstr. 158.
 Keine Filialen!!

Tun merk' Dir endlich, liebe Maus, Zum Waschtage muss Persil in's Haus!



Denn erstens wäscht es wundervoll, zweitens schont und erhält es die Wäsche, und drittens spart es Arbeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Ausschließliche Hersteller: **HENKEL & CO., DÜSSELDORF.**

Hören und staunen, was Ihnen hier geboten wird!

S. Wildmann, 38 Prenzlauer Str. 38
 am Alexanderplatz. Geschäftsgründung 1893

80 br. weiche Nadelmuffel, blau, schwarz, weiß gestreift.	9.-	Zuckerstoffe - Schneiderartikel	Rohstoff, 130 br.	25.-
80 br. Wipps, blau-weiß gestreift, auch für Knaben-Anzüge geeignet.	9.-	100 br. Rohstoff, Milano, Silbergr. 22.-	do. blau, 130 br.	30.-
80 br. Semdentuch, nicht u. weich.	9.-	140 br. Silbergr. Seidenfutter	ReinwoI. Kammerherrenstoff blau, 150 br. 145.-	
120 br. Frotté, prima weiß 30.-, 23.-		140 br. Um-Geige, Hochglanz	50 gr. ca. 1000 Mtr. Festgarn, Rolle 3.50	
		140 br. Wollegr.	1000 Mtr. Obergarn	Rolle 3.50
		100 br. Kammesfutter, schön gestreift. 13.-	1000 Mtr. Obergarn, weiß, Rolle 8.-	
		80 br. Is. Tafel. 25 per. 1. feine Maßstab. 13.-	300 Mtr. Blauselbstwebgarn	3.50

Soeben erschienen! **Russische Korrespondenz** Nummer 5

Russische Korrespondenz

Inhalt: N. Lenin: Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Russlands (Ueber die Nationalfront). / Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften (Rede von G. Sinowjew, 9. Trotski und M. Schlapnikow auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands, Moskau, März 1921). / N. Lenin: Ueber die Einheit der Partei (Rede auf dem X. Kongress der K. P. R.). / M. Gucharin: Ueber den Partisanbau (Rede auf dem X. Kongress der K. P. R.). / V. Krizmann: Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-Russland. / G. Wargan: Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands. / Zenus Rede auf der Allrussischen Konferenz der Transportarbeiter. / Der englisch-russische Handelsvertrag. / Vertrag zwischen Russland und Persien. / Vertrag zwischen Russland und der Türkei. / Friedensvertrag zwischen Russland, der Ukraine und Polen. / J. Diappoport: Die Wirtschaft Turkechans im Jahre 1920. / H. Goltzmann: Das Problem des Arbeitslohnes.

128 Seiten Preis Mark 5.- 128 Seiten
 Zu beziehen durch **Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig**

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O, Rigaer Str. 71-73a, 3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
 Gegründet 1876



empfehl:

Schlafzimmer:	4400.- 5300.- 6500.-
Speisezimmer:	6500.- 8200.- 10000.-
Herrenzimmer:	4700.- 5400.- 6300.-
Küchen:	7800.- 8900.-
	4200.- 5400.- 6000.-
	7500.-
	800.- 700.- 800.-
	900.- 1800.- 3000.-

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Versand nach allen Ländern Deutschlands. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge nach anvertr. franko.



Sommerkleidung

die Sie jetzt so nötig brauchen, finden Sie bei uns in Hülle und Fülle und **spottbillig!**

Eleg. Sommer-Mantel
 aus leichtem, modisfarbigem Stoff, mit der beliebten buntdesignten Rückenseite. Hinten in der Taille gezogen.
225.-

Modern. Frotté-Kleid
 Schöne feste Ware, in verschiedenen Farben, mit sehr aparten andersfarbigen Einsätzen. Besonders feiner, gestochener Gürtel.
165.-

Leicht. Wetter-Mantel
 aus vorzüglichem widerstandsfähigem Material in der vielbegehrten Covercoat-Farbe. Besonders geeignet für Straße, Reise und Sport.
198.-

Weißes Wasch-Kleid
 aus vorzüglichem, marmoriertem Voll-Volle, reich mit Blenden u. Hoblaum verziert.
110.-



Königstraße 33 **Chausseestraße 113**
 Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof